



Stadt Biel
Ville de Bienne

Ratssekretariat
Secrétariat parlementaire

02. Stadtratsprotokoll / 02^e procès-verbal du Conseil de ville

Sitzung vom Donnerstag, 14. Januar 2021, 18.00 Uhr

Séance du jeudi 14 janvier 2021 à 18h00

Ort: Kongresshaus, Konzertsaal

Lieu: Palais des Congrès, salle de concert

Anwesend / Présents:

Akamba Fréderica, Augsburger-Brom Dana, Bohnenblust Peter, Bord Pascal, Briechle Dennis, Cadetg Leonhard, Clauss Susanne, Cuixeres Manon, De Maddalena Daniela, Francescutto Luca, Gurtner-Oesch Sandra, Halter Marisa, Hamdaoui Mohamed, Heiniger Peter, Iseli Isabelle, Kilezi Ruth, Kohler Silja, Koller Levin, Lehmann Caroline, Leuenberger Bernhard, Liechti Kathleen, Loderer Benedikt, Moeschler Marie, Molina Franziska, Morandi Marcel, Paronitti Maurice, Pittet Natasha, Rebetez Maurice, Rindlisbacher Hugo, Rochat Julien, Roth Myriam, Rüber Stefan, Schaffter Gaël, Scherrer Jürg, Scheuss Urs, Schlup Nina, Schneider Sandra, Schneider Veronika, Schor Alfred, Sprenger Titus, Steinmann Alfred, Stocker Julien, Stolz Joseline, Strobel Gianna, Strobel Salome, Suter Daniel, Sutter Andreas, Tanner Anna, Tennenbaum Ruth, Tonon Ariane, Torriani Latscha Isabelle, Trafelet Salome, van der Meer Marion, Vouillamoz Naomi, Wächter Olivier, Wendling Cécile, Widmer Patrick, Wiederkehr Martin, Zumstein Joël

Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):

Epper Bettina

Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:

Stadtpräsident Fehr Erich

Gemeinderätinnen/Gemeinderat Feurer Beat, Frank Lena, Gonzalez Bassi Glenda, Steidle Silvia

Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:

-

Vorsitz / Présidence:

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin

Sekretariat / Secrétariat:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

22.	Motion 20200024, Koller Levin, JUSO, Meyer Miro, JUSO, «Keine Werbung im öffentlichen Raum»	46
•	Ordnungsantrag.....	53
•	Ordnungsantrag.....	54
23.	Dringliches Postulat 20200182, Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO, «Bieler Strandbad für ALLE!»	56
24.	Dringliches Postulat 20200181, Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO, «Längholzwald 2»	58
25.	Begründung der Dringlichkeit der überparteilichen Interpellation 20210022, Roth Myriam, Fraktion Grüne, Koller Levin, Fraktion SP/JUSO, Briechle Dennis, Fraktion GLP+, Stolz Joseline, Fraktion PSR, Sprenger Titus, Fraktion Einfach libres! «Aufstockung Dienststelle Umweltschutz»	62
26.	Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20210021, Rüber Stefan, Fraktion Grüne, «Anpassungen des Budgets 2021: Wie reagiert der Gemeinderat?»	63
27.	Verabschiedung Maurice Rebetez	63
28.	Dringliches Postulat 20200287, Hamdaoui Mohamed, CVP, «Mangel an (französischsprachigen) Fachärzten: der Gemeinderat muss einschreiten!»....	67
29.	Überparteiliche Motion 20200253, Suter Daniel, PRR, Leuenberger Bernhard, FDP, Gugger Reto, BDP, Schneider Sandra, SVP, «Auswirkungen der Erlasse auf die Finanzen und das Personal der Stadt Biel»	68
30.	Postulat 20200188, Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO, «Freier Zugang zu "Ladys Cup"»	70
31.	Überparteiliches Postulat 20200193, Sprenger Titus, Passerelle, Bohnenblust Peter, FDP, «Überprüfung des Reglements über ausserordentliche Lagen»	73
32.	Dringliches Postulat 20200309, Francescutto Luca, Fraktion SVP/Die Eidgenossen «Solidarischer Gemeinderat»	74
33.	Dringliches überparteiliches Postulat 20200310, Pittet Natasha, PRR, Rebetez Maurice, PSR, Augsburg-Brom Dana, SP, Scheuss Urs, Grüne, Tanner Anna, SP, «Leistungsvertrag mit dem Verein für eine Sammlung literarischer Studien (ACEL)»	76
34.	Motion 20200223, Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Demokratische Rechte respektieren: Keine Geschäfte mehr traktandieren, solange Einsprache- und Beschwerdeverfahren noch nicht abgeschlossen sind!»	79
35.	Motion 20200254, Frank Lena, Grüne, «Nachhaltige Submission»	80
36.	Überparteiliche Motion 20200187, Koller Levin, JUSO, Tanner Anna, SP, Meyer Miro, JUSO, Roth Myriam, Grüne, «Ein ökofeministisches Investitionsprogramm als Reaktion auf die Coronakrise»	81
•	Ordnungsantrag.....	85
37.	Neueingänge.....	88

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Ich begrüsse Sie zur heutigen Stadtratssitzung.

Auf Wunsch der Fraktion PSR wird das traktandierte Postulat 20200285, Vlaiculescu-Graf Christiane, Fraktion PSR, «Wie spät ist es?» auf die nächste Sitzung verschoben. Frau Vlaiculescu-Graf wird dann wieder als Stadratsmitglied nachrücken und kann ihren Vorstoss selber vertreten.

22. Motion 20200024, Koller Levin, JUSO, Meyer Miro, JUSO, «Keine Werbung im öffentlichen Raum»

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 1)

Der Gemeinderat beantragt, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: Die Motion wurde von der JUSO angeregt und deshalb wird Frau Schlup als Vertreterin der JUSO den Vorstoss begründen.

Schlup Nina, JUSO: Ich stehe das erste Mal hier am Rednerpult. Es ist aber nicht das erste Mal, dass ich dem Stadtrat bei einer Klimadebatte zuhöre. Wissen Sie, was ich vom Zuhören gelernt habe? Kaum ein Stadratsmitglied zweifelt an der menschengemachten Klimakrise. Einer grossen Mehrheit ist bewusst, dass es so nicht mehr weitergehen kann. Wir stürzen immer tiefer in die Krise und müssen uns eingestehen, dass das ewige Wachstum auf Kosten der Umwelt geht. Durch die stetig wachsende Produktion von Gütern werden immer mehr Landstriche zu Rohstoffminen, Wälder gerodet und Meere verschmutzt. Dadurch werden Lebensräume für Pflanzen, Tiere und andere Organismen zerstört. Unsere Erde gerät aus dem Gleichgewicht und das löst Kettenreaktionen aus, deren Ende schwer absehbar, aber immer düster ist. Es ist kein Zufall, dass in der Geschichte der Erde noch nie Lebewesen in einem solchen Ausmass und Tempo gestorben sind wie während der Phase des Kapitalismus. Trotz dieses Wissens schreitet die Gesellschaft strammen Schrittes weiter auf den Abgrund zu. Wenn wir unser momentanes Wirtschaftssystem weiter uneingeschränkt wüten lassen, ist die komplette "Ausschöpfung" unseres Planeten das einzig mögliche Ende. Der Kapitalismus setzt alles daran, sich selbst zu erhalten – koste es, was es wolle. Produziert wird aus reinen Profitmotiven. Schäden gehen zulasten der Umwelt und die Biodiversität schwindet. Die Arbeit der Massen finanziert den unermesslichen Luxus Einzelner. Menschen werden nur als potentielle Einnahmequellen und nicht als Personen behandelt. Unternehmen haben den Anreiz, mehr als notwendig zu produzieren. Diese Überproduktion versuchen sie dann unter anderem durch Werbung abzusetzen. Durch omnipräsente Werbung wird den Menschen der Kauf von unnötigen Produkten schmackhaft gemacht. Das Resultat ist eindeutig und funktioniert sehr gut. Wieso würden die Unternehmen sonst Werbung finanzieren? Hand aufs Herz, liebe KollegInnen, wer von uns wurde noch nie verführt und hat kein Produkt gekauft, das sich als unnötig herausgestellt hat? Genau hier setzt die Motion der JUSO an. Mit dem Verzicht auf Werbung will die JUSO die Überproduktion vermindern. Nun werden Sie sagen, dass es trotz Werbeverbot im öffentlichen Raum immer noch Werbung in Zeitungen, Fernsehen und Internet gäbe. Ja, das stimmt leider. Werbung ist omnipräsent. Ein Werbeverzicht im öffentlichen Raum wird das nicht von heute auf morgen ändern. Das Problem zu erkennen und diesen ersten Schritt zu machen, ist

jedoch wichtig. Nicht umsonst ist eine werbefreie Gesellschaft eine der Massnahmen aus dem Klimaaktionsplan, welche im Januar 2021 vom Klimastreik Schweiz veröffentlicht wurde. Wir wollen endlich die mit unserem Wirtschaftssystem zusammenhängenden Ursachen der Umweltkrise angehen und nicht mehr nur Symptome lindern. Die Einnahmefälle, welche aus dem Werbeverbot im öffentlichen Raum entstehen, können mit 1,5 ‰ Steuern kompensiert werden. Die JUSO betrachtet dies als guten Deal für die Bieler Bevölkerung. Ausserdem kommt ein Werbeverbot im öffentlichen Raum den lokalen kleinen Unternehmen zugute, die sich oft keine grossen Werbekampagnen leisten können. Sie würden nicht mehr von der Werbung der Grosskonzerne verdeckt. KonsumentInnen würden vielmehr ein Produkt in dem Laden kaufen, der ihnen passt und nicht in jenem mit dem grössten Werbebudget. Für die JUSO ist klar: Wir wollen, dass Waren produziert werden, die wir brauchen und verbrauchen. Wir wollen eine Produktion von Gütern, welche das Klima und die Umwelt nicht belasten und den arbeitenden Menschen nicht unnötig das Geld aus der Tasche ziehen. Wir wollen eine Wirtschaft, welche die Umwelt und die Bedürfnisse der Menschen in das Zentrum stellt anstatt die Profite einiger Weniger. Ich bitte Sie, den Vorstoss zu unterstützen und **beantrage, die Motion erheblich zu erklären**. Ich kann sie immer noch hören, die Appelle, welche im Stadtrat anlässlich der Klimadebatten geäussert wurden. Die Klimajugend wurde aufgefordert, weniger zu konsumieren, nicht mehr im McDonalds zu essen, weniger zu fliegen und auf ein Smartphone zu verzichten statt zu motzen. Diese Vorwürfe sind lächerlich, reine Ablenkungsmanöver und lösen langfristig nichts. Ich frage mich, ob sie nicht ein wenig gewagt sind, wenn gleichzeitig Werbung für solche Produkte zugelassen wird. Für diejenigen, welche sich angesprochen fühlen: Die Motion jetzt erheblich zu erklären, wäre angebracht.

Zumstein Joël, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Die Motion wirbt für Nachhaltigkeit und dafür, die Menschen ernst zu nehmen. Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Sie schadet möglicherweise der Bieler Bevölkerung und löst das Problem nicht. Gemäss den soeben gehörten Argumenten schafft erst Werbung die Nachfrage nach Konsumgütern. Diese Annahme ist falsch. Es liegt in der Natur des Menschen, dass er grundsätzlich nach Besitz oder Konsum strebt. Werbung dafür ist nicht das Problem. Werbung wird von den Unternehmen eingesetzt, um im Wettbewerb zu bestehen. Sie gehen davon aus, dass ohne Werbung weniger konsumiert wird. Ich bin der Meinung, dass ein Werbeverbot kontraproduktiv ist, denn mit Werbung können auch nachhaltige und umweltfreundliche Produkte bekanntgemacht werden. Mit einem Werbeverbot entfällt diese Möglichkeit. Ein Werbeverbot im öffentlichen Raum steht damit der ideologischen Stossrichtung der Motion entgegen. Die Annahme, dass Biel die Umweltprobleme des gesamten Planeten lösen kann, ist anmassend. Ich komme auf ein konkretes Beispiel zurück: Was passiert mit der Werbung der Sportklubs in der Stadt Biel? Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen hat sich mit dieser Frage an die Finanzdirektorin gewandt. Die auch juristisch abgeklärte Rückmeldung war ernüchternd. Alle öffentlich zugänglichen Sportplätze gelten als «öffentlicher Raum» und fielen somit unter das geforderte Werbeverbot. Sämtliche Werbung der Klubs auf ihren Plätzen wäre somit verboten. Dadurch würden essentielle Einnahmen wegfallen und die Finanzierung der Klubs wäre gefährdet. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen unterstützt die Forderung grundsätzlich nicht und erinnert am Beispiel der Sportklubs an die konkreten Auswirkungen für die BielerInnen. Wir sind überzeugt, dass den Sportklubs die Finanzierungsmöglichkeit durch Werbung belassen werden sollte. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen wird sich deshalb für die Sportklubs und gegen die Erheblicherklärung der Motion aussprechen.

Leuenberger Bernhard, Fraktion FDP: Der vorliegende Vorstoss ist nicht neu. In anderen Städten gibt es ähnliche Forderungen nach einem Verbot von kommerzieller Werbung auf öffentlichem Grund. Diese Bestrebungen richten sich direkt gegen die verfassungsmässig verbrieftene Wirtschafts- und Werbefreiheit. Häufig geht es dabei aber weniger um den Schutz der Umwelt, sondern mehr um das Verhindern der Verschandelung der Innenstädte durch überbordende Werbung. Die Urhebenden der vorliegenden Motion argumentieren anders. Laut ihnen werden mit Werbung künstlich hervorgerufene Bedürfnisse nach überflüssigen Produkten geweckt. Produktion und Verkauf von Waren würden damit vorangetrieben und die Umwelt verschmutzt. Die MotionärInnen führen also moralisierende und erzieherische Argumente ins Feld. Wer entscheidet darüber, welche Produkte sinnvoll sind und welche nicht? Welche Produkte belasten die Umwelt zu stark? Diese Fragestellung zeigt, dass die MotionärInnen von einem anderen Menschenbild ausgehen als die Fraktion FDP und die Bevölkerung grundsätzlich als unmündig, unreif und sogar dumm ansehen. Aus ihrer Sicht ist der Mensch nicht in der Lage, selber zu entscheiden, was vernünftig ist und was nicht. Er muss gewissermassen zu seinem Glück gezwungen werden. Diese Argumentation ist sehr gefährlich. Wenn KonsumentInnen nicht beurteilen können, welches Produkt ihren tatsächlichen Bedürfnissen entspricht und die Werbung nicht kritisch hinterfragen, wie sollen sie dann über komplexe politische Sachfragen abstimmen können? Sämtliche wesentlichen Grundrechte in unserer Demokratie müssten, gemäss den Argumenten der MotionärInnen, eingeschränkt oder ganz auf sie verzichtet werden. Damit würden wir uns in eine gefährliche Richtung bewegen und das im Namen der Umwelt. Grosse Zweifel sind angebracht.

So geht das meines Erachtens nicht! Wir alle wollen weiterhin in einer freien Gesellschaft von mündigen BürgerInnen leben. In den letzten zwanzig Jahren wurde im Bereich Umweltschutz nicht einfach nichts gemacht. Tagtäglich sind Erfolge zu verzeichnen. Die Argumente der MotionärInnen greifen zu kurz. Ein absolutes Werbeverbot auf öffentlichem Grund hätte gar nicht so grosse Auswirkungen, denn ein wesentlicher Teil der Werbefläche befindet sich auf privatem Grund. Es gilt den Anfängen einer unheilvollen Entwicklung entgegenzuwirken! Mit der Annahme eines Werbeverbots auf öffentlichem Grund würde die Stadt gewichtige finanzielle Mittel verlieren. Das können wir uns in der heutigen Zeit nicht leisten. Die Fraktion FDP wird dem Anliegen der Motion selbstverständlich nicht folgen. Wir danken dem Gemeinderat für seine klaren Worte in der Beantwortung. Er zählt auf die Eigenverantwortung, auf ein verantwortungsvolles Konsumverhalten und auf die Mündigkeit der BürgerInnen. Schliesslich ist in Biel die Plakatierung und Werbung auf öffentlichem Grund klar reglementiert (Reklame-Reglement; SGR 7.2.1-5), von einem Wildwuchs kann keine Rede sein. Die Motion ist auch nicht im Interesse der Arbeitnehmenden, welche die MotionärInnen angeblich vertreten. Nicht nur die Werbewirtschaft, sondern auch die Fabrikationsbetriebe mit zahllosen Arbeitnehmenden würden darunter leiden. Industrie und Gewerbe engagieren sich heute bereits für den Umweltschutz. Das Denken von den bösen Kapitalisten und den guten Umweltschützenden greift zu kurz. So kommen wir nicht weiter. Die Fraktion FDP empfiehlt die Nichterheblicherklärung der Motion.

Scheuss Urs, Fraktion Grüne: Nach den soeben gehörten Äusserungen über die Bedrohung der freiheitlichen Gesellschaft ist mir spontan eingefallen, dass bei der FDP «Freiheit» ja immer die «Freiheit des Stärkeren» bedeutet. Die Fraktion Grüne unterstützt die vorliegende Motion und dankt für deren Einreichung. Die Grünen reichten letztes Jahr einen Vorstoss ein, der verlangte, dass Werbung für klimaschädliche Produkte verboten wird (Motion 20190211 «Für eine

umweltfreundlichere Werbung im öffentlichen Raum»). Sie wurde damals unter anderem auch von der Fraktion SVP/Die Eidgenossen abgelehnt. Das vom Sprecher der Fraktion SVP/Die Eidgenossen vorgebrachte Argument der Werbung für umweltfreundliche Produkte ist also nicht sehr glaubwürdig. Die Fraktion Grüne denkt wie die MotionärInnen, nämlich dass Werbung künstliche Bedürfnisse schafft und zu einem zusätzlichen unnötigen Ressourcenverbrauch führt. Werbung wirkt vor allem über die Vermittlung von Werten. Sie definiert, was normal ist. Bei einem Spaziergang durch die Innenstadt können Sie beobachten, welche Werte durch Werbung vermittelt werden. Beispielsweise ist mir kürzlich eine Werbung für einen SUV (Sport Utility Vehicle) aufgefallen. Auf dem Plakat war das Fahrzeug mitten in der Stadt zu sehen. Das wird als Norm dargestellt, und damit wird es für die Leute normal, in der Stadt einen SUV zu fahren. Es geht aber auch um die Frage, wie wir den öffentlichen Raum in der Innenstadt gestalten. Wollen wir ein grosses Einkaufszentrum oder einen Ort der kulturellen Vielfalt und des Zusammenlebens? Dazu kann ich zwei aktuelle wichtige Beispiele nennen. Zum einen die Vision und die strategischen Leitlinien des Gemeinderats zur Entwicklung der Stadt (Strategie «Biel 2030»): Leitlinie 4 hält fest, dass Biel viele attraktive öffentliche Räume schaffen soll. Andererseits hat die IG Innenstadt – für die rechte Seite im Stadtrat eine unverfänglichere Autorenschaft – das «Zukunftsbild der Bieler Innenstadt» verabschiedet. Unter Punkt 7 steht dort: *«Nachdem unsere Innenstadt ihre einseitige Widmung als Einkaufszentrum überwunden haben wird, wird sie eine positive und wichtige Zukunft als Erlebnis- und Aufenthaltsstandort für alle Menschen haben.»* Die vorliegende Motion mit ihrem Ziel der "Entkommerzialisierung des öffentlichen Raums" geht genau in diese Richtung. Stimmen wir der Forderung also zu.

Zu den von den Vorrednern geäusserten Bedenken Folgendes:

Der Wegfall der Einnahmen aus den Verträgen für Werbung auf städtischem Grund könnte mit einer Erhöhung der Parkplatztarife kompensiert werden. Eine attraktive Stadt bringt auch mehr Einwohnende und damit bleiben die Einnahmen auch künftig gesichert. Wie ich die MotionärInnen verstanden habe, geht es vor allem um die Plakatierung im öffentlichen Raum. Wie weit die Sportklubs davon betroffen sind, ist unklar. Vielleicht kann sich der Gemeinderat dazu äussern? Die Werbung im öffentlichen Raum ist bereits heute reglementiert; die Motion stellt daher keinen Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit dar. Arbeitsplätze dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Sie müssen dort geschaffen werden, wo die Umwelt geschützt wird, denn dadurch bleiben sie zukunftsfähig.

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: L'idée d'une ville sans publicité me rappelle mon voyage d'études en 1990 à Prague. Le mur venait de tomber et, dans ce paradis ex-soviétique, il n'y avait aucune publicité. Il n'y avait rien à vendre car les magasins étaient presque vides et ainsi, il n'y avait aucun risque de surconsommation. L'état des façades n'aurait pas permis d'y afficher de la publicité. C'est le passé! Notre modèle n'est pas le modèle américain où la publicité clignotante saccage le patrimoine historique. La situation actuelle à Bienne me paraît très équilibrée. L'élément essentiel est l'impact sur le budget. L'adoption de cette motion impliquerait de renoncer à 900'000 fr. d'entrées publicitaires, par année. Comment les JS prévoient-ils de compenser ce trou dans le budget? Allez-vous demander à supprimer certaines prestations de la Ville dans le domaine social ou dans la culture ou je ne sais où? Allez-vous demander une augmentation des impôts? Non, l'argent ne tombe pas du ciel et les biennois et biennoises paient assez d'impôts. En prenant en compte le grand appétit pour davantage de prestations sociales et écologiques de la nouvelle majorité verte-

rose, le Groupe PRR constate que nous allons droit dans le mur. Votre proposition n'est pas responsable. La Ville de Bienne ne doit pas devenir une république populaire! La démocratie et la liberté nous sont trop chères. Je vous remercie de rejeter cette motion excessive.

Hamdaoui Mohamed, PDC: Chère Madame Schlup, je comprends très bien les préoccupations de votre génération. Je les comprends d'autant mieux que je les partage beaucoup. Je suis pleinement conscient que ma génération, celle qui commence à avoir des cheveux blancs, a vraiment fauté au niveau de la question climatique. C'est vrai qu'une partie des gens de ma génération, dans les années 80 par exemple, avait d'autres urgences comme celle d'éviter qu'une troisième guerre mondiale ait lieu ou de mettre fin à l'Apartheid. Cette génération mettait l'humain au centre de ses préoccupations. Elle faisait en sorte que les gens modestes, comme moi, aient la possibilité d'accéder à des biens de consommation courants. C'était une question de progrès et de dignité. Notre génération s'est peut-être trompée, mais cela nous a quand même fait progresser. C'est parce que nous avons réussi à travailler ensemble que nous avons réussi à éviter ces différents écueils. Je crois que maintenant, l'écrasante majorité de cet hémicycle est consciente que l'urgence climatique existe et qu'il faut trouver des solutions. Toutefois, il faut trouver des solutions communes et responsables qui font aussi appel à la responsabilité individuelle, et non pas uniquement aux interdictions. En effet, si le Conseil de ville ne pratique qu'une politique moralisatrice, on n'y parviendra pas et on va se mettre une grande partie de la population à dos. Je prends un exemple concret. Grenoble, une ville française que je connais dirigée par une majorité de gauche et surtout très écologiste depuis une dizaine d'années, a vu naître des interdictions de la publicité et d'autres interdictions très importantes. En conséquence, on a vu apparaître dans cette ville une gentrification qui a fait que la partie populaire de la population fuit cette ville parce qu'elle n'en peut plus. Après, vous avez d'un côté des mouvements comme les «gilets jaunes» dont les plus radicaux refusent de reconnaître l'État et, d'autre côté, les gens dans les banlieues qui cherchent d'autres modèles de société. Je ne souhaite pas cela pour Bienne. Je suis convaincu qu'à Bienne, on doit trouver des solutions pour atteindre les objectifs climatiques que nous nous sommes fixés. On soutiendra toujours votre génération qui nous a «foutu un grand coup de pied au cul», mais avec des mesures raisonnables. Interdire la publicité d'une manière dogmatique, cela veut dire quoi? Je propose plutôt qu'on trouve une solution complète pour favoriser la publicité pour les produits de consommation régionaux qui sont effectivement importants. Il y a de plus en plus d'agriculteurs et d'entreprises qui crévent à cause de la situation actuelle et qui mériteraient d'être soutenus. Je ne peux pas venir faire une interdiction généralisée sur ce sujet. Je suis désolé, chère Madame Schlup, de dire à votre génération que j'étais aussi comme vous, mais je pense qu'il est interdit d'interdire. Je souhaiterais que l'on se rappelle un peu de cela, car on est tout de même pas des «vieux croulants».

Paronitti Maurice, au nom du Groupe PRR: Sur le fond, on peut être plutôt d'accord quand on parle d'éviter le superflu, le gaspillage, le gigantisme et les messages subliminaux, mais le recours à l'interdiction m'interpelle en tant que libéral. Une interdiction toucherait à plusieurs droits individuels: droit de commerce et d'industrie, droit de faire connaître ses produits. Une interdiction reviendrait à dire que l'État décide à ma place de ce que je peux consommer ou pas. Il ne me considérerait pas comme un individu responsable et capable de sens critique. Je crois que personne ne voudrait cela. Évidemment, il est séduisant de vouloir normer la situation parce que chacun peut

régler un peu ses comptes avec la consommation et son rapport à l'argent. Il y a un mélange entre le rapport personnel qu'on peut entretenir avec la publicité et la réflexion collective. Mais ne vaudrait-il pas mieux réguler les moyens (mieux définir les lieux d'exposition ou même la taille des supports)? Car comment ne pas jeter le bébé – c'est-à-dire la bonne vieille réclame de la PME ou de l'artisan du coin destinée à informer les consommateurs – avec l'eau du bain de la publicité des multinationales? Prenons pour exemple le cas concret des voitures, objet que la Suisse ne produit pas: aujourd'hui, il existe un système de régulation européen sur les émissions de CO² qui est en train de faire le même boulot que la suppression de la publicité pour les voitures les plus polluantes. Je m'explique: l'Europe a décidé que les normes d'émissions de CO² devaient baisser très régulièrement et de manière vraiment très drastique. La conséquence est que chaque constructeur va payer des pénalités considérables s'il ne baisse pas les normes moyennes d'émissions. Actuellement, la quasi-totalité des publicités à la télévision pour les voitures est consacrée aux voitures hybrides rechargeables et électriques. Dans de nombreux pays, la publicité pour le tabac est interdite depuis très longtemps. L'interdiction de la publicité ne fait toutefois pas baisser la consommation des produits du tabac, mais plutôt les taxes et donc la régulation. Le Groupe PRR pense que cette motion est quand même très brutale, tant pour les producteurs-trices qui désirent présenter leurs produits respectueux de l'environnement, que pour les consommateurs-trices que l'on considère comme irrationnels et irresponsables. Nous vous demandons de suivre la proposition du Conseil municipal.

Augsburger-Brom Dana, Fraktion Einfach libres!: Ich finde das Anliegen der vorliegenden Motion interessant. Vieles, das zu diesem Thema gesagt wird, ist negative Stimmungsmache. Die Beantwortung des Gemeinderats auf den guten Vorstoss vermittelt den Eindruck, dass er nicht ganz verstanden hat, worum es geht, oder dass es ihn nicht interessiert. Dessen Argumente überzeugen mich nicht. Der Gemeinderat schreibt, dass das Anliegen eine Änderung des Konsumverhaltens bedingt. Wie es die Vertreterin der JUSO vorhin erklärt, ist das jedoch überhaupt nicht so. Ausserdem erwähnt der Gemeinderat die Steuerreform – ich frage mich, warum? Er geht in seinen Ausführungen ausschliesslich auf das erste Anliegen der Motion ein. Die Umsetzung der zweiten Forderung nach einer kontrollierten Werbung für kulturelle und gemeinnützige Veranstaltungen sowie für politische Anliegen wäre doch einen Versuch wert. Ich verstehe, dass der Gemeinderat auf die fehlenden Einnahmen im Falle des Ablaufs der Verträge hinweist und sich das nicht wünscht. Insgesamt hat er sich jedoch zu wenig mit der Forderung der Motion auseinandergesetzt und nach Umsetzungsmöglichkeiten gesucht. Ich werde deshalb die Motion unterstützen.

Suter Daniel, PRR: Il me semble que le contenu de la motion est clair. Il s'agit de l'interdiction de la publicité dans le domaine public de la Ville de Bienne. Le point deux de la motion fait des propositions pour remplacer la publicité commerciale. La gauche biennoise se réfère au programme de la grève pour le climat, le CAP («Climate-action-plan» dans la dénomination anglaise). Vous trouverez tous les détails sur internet. Le site, professionnellement bien présenté, contient notamment un catalogue de mesures divisé en douze chapitres avec des centaines de mesures, dont l'interdiction de publicité commerciale dans le domaine public. Je me demande si la publicité crée un besoin: c'est un fait contestable. Il est peu probable qu'une personne achète une belle voiture uniquement sur la vision d'une publicité dans le domaine public de la Ville. Par contre, une personne voulant acquérir un SUV peut être influencée par la publicité. Il s'agit d'une concurrence de produits dont le besoin n'est pas vital. L'interdiction de

publicités commerciales sur les emplacements de la Ville n'empêcherait pas ce genre d'affiches. Par contre, cette interdiction entraînerait une perte de 1 mio. fr. d'entrées pour les caisses de la Ville de Bienne. Raisonnablement, nous ne devrions pas nous priver de cet apport. D'ailleurs, l'entreprise d'affichage est aujourd'hui déjà contrainte de n'afficher que des réclames qui respectent le droit fédéral, cantonal et communal. Et ces affiches sont aussi regardées pour l'originalité de leur message ou de leur graphisme. Il faut agir pour la protection du climat, c'est évident, mais ne pas aller trop loin. Il faut soutenir le combat pour protéger le climat dans le cadre de l'entente internationale et nationale (neutralité carbone pour 2050). Je me demande si la nouvelle majorité de gauche de ce Parlement arrivera à imposer une neutralité carbone 2030 pour la Ville de Bienne, mais j'espère que non. Je les implore de rester raisonnable, de garder les pieds sur terre et d'œuvrer pour tout le monde et non simplement par idéologie. Je vous propose de rejeter cette motion.

Strobel Gianna, JUSO: Ich habe vor allem von der bürgerlichen Seite im Stadtrat gehört, dass wir alle mündige BürgerInnen sind und uns gegen die Werbung wehren können. Das stimmt so nicht. Niemand von uns bleibt von Werbung unberührt. Es gibt wissenschaftliche Studien darüber, wie Werbung funktioniert. Jedes Kind wird darauf vorbereitet, Werbung wahrzunehmen und nach dem entsprechenden Produkt zu verlangen. Wir können uns dieser Beeinflussung nicht entziehen. Denken Sie, es würde Werbung geben, wenn sie nicht funktionieren würde? Sportklubs würden plötzlich nicht mehr unterstützt, das war ein Argument der Vorredner. Es wäre ein Armutszeugnis für die Unternehmen, wenn sie Sportvereine nur fördern würden, wenn ihre Logos gezielt platziert würden. In Biel sticht mir nicht die Werbung der Kleinen wie «Phönix», «Delirium» oder des «Quartierlädelis» in die Augen, sondern diejenige der grossen Detailhändler und Automobilfabriken. Zwischen den grossen Anbietern herrscht Konkurrenz, da können die Kleinen nicht mithalten. Es ist in unserem Interesse und in demjenigen der kleinen Unternehmen, das Werbeverbot im öffentlichen Raum in Biel umzusetzen. Ich bitte Sie nochmals, die Motion erheblich zu erklären.

Clauss Susanne, SP: Frau Strobel hat es bereits vorweggenommen: Im Grossen und Ganzen wird die Werbefläche in der Stadt Biel nicht von lokalen Unternehmen, sondern von Grosskonzernen gebucht. Die MotionärInnen lassen offen, ob die freie Werbefläche vom lokalen Gewerbe genutzt werden kann. In Grenoble wurde eine Initiative für ein schrittweises Werbeverbot umgesetzt. Die Idee, die städtische Werbefläche dem lokalen Gewerbe zur Verfügung zu stellen, ist zwar weniger einträglich. Sie könnte aber von den lokalen Unternehmen gegen einen ihren Budgets angepassten Beitrag genutzt werden, womit das lokale Gewerbe und nicht die Grosskonzerne gestärkt würden. Ich werde die Motion unterstützen.

Koller Levin, SP: Der Stadtrat hat im September 2020 ein Klimaschutzreglement verabschiedet (Klimaschutzreglement der Stadt Biel; SGR 8.2-5). In diesem wird festgehalten, dass sich die Stadt auf Kantons- und Bundesebene für die Klimaneutralität bis 2030 einsetzt und dieses Ziel auch auf dem Stadtgebiet anstrebt. Wie wollen wir dies erreichen? Die Klimabewegung hat einen 383 Seiten umfassenden Plan veröffentlicht. Darin wird aufgezeigt, wie das Ziel der Klimaneutralität bis 2030 – für welches sich auch der Stadtrat ausgesprochen hat – erreicht werden kann. Der Klima-Aktionsplan wurde mit über 50 WissenschaftlerInnen und ExpertInnen ausgearbeitet. Herr Suter hat die Massnahme 1.8 aus diesem Plan erwähnt. Sie lautet wie folgt: *«Um den Verbrauch von klimaschädlichen Produkten zu reduzieren und unnötigen Konsum generell zu verringern, wird kommerzielle Werbung in allen*

öffentlichen physischen Räumen verboten. Stattdessen soll der freigewordene Raum für Kunst und Bildung genutzt werden.» Die MotionärInnen fordern dasselbe wie die WissenschaftlerInnen und ExpertInnen, um die Klimaneutralität bis 2030 zu erreichen. Zur Erinnerung: für genau dieses Ziel haben wir uns im Stadtrat ausgesprochen. Entsprechende Massnahmen jetzt abzulehnen, wäre widersprüchlich. Ich nehme Stellung zu zwei Punkten, welche von bürgerlicher Seite angesprochen wurden: Herr Leuenberger, Sie haben den MotionärInnen vorgeworfen, sie würden nur so tun, als ob sie die Arbeitnehmenden vertreten. Das kann ich nicht akzeptieren! Wir sind die Vertretung der Lohnabhängigen und das machen wir konsequent. Im Gegensatz zu Ihnen anerkennen wir, dass es Industrien und Wirtschaftssektoren gibt, die schrumpfen oder verschwinden müssen, wie beispielsweise eine Erdölraffinerie. Dort werden Arbeitsplätze verloren gehen und dafür benötigen wir kostenlose Umschulungsprogramme. Wir sind nicht nur sozial und ökologisch, sondern auch die Kraft, welche diese beiden Anliegen miteinander verbindet. Herr Suter, Sie sagten vorhin, dass Sie für den Klimaschutz sind und aus der Klimakrise herauskommen wollen. Verbote und Steuern wollen Sie aber nicht. Wie wollen Sie denn die Klimaziele erreichen? Die SP hat einen Plan und einen Vorschlag, wie wir dieses Ziel erreichen. Wenn Sie unsere Vorschläge nicht teilen, müssen Sie Alternativen vorschlagen. Diese bleiben Sie uns jedoch schuldig. Bis jetzt liegen nur die Vorschläge der MotionärInnen vor und diese gilt es zu unterstützen!

Loderer Benedikt, Grüne: Ein relativ bescheidener Anlass gerät auf den Scheideweg zwischen Freiheit und Erziehung... Ich empfehle Ihnen, die Werbung als eine Galerie der profanen Welt anzusehen. Werbung ist zum grossen Teil schlecht, manchmal aber auch gut. Ich lege Ihnen das kreative Potential der Werbung ans Herz und bitte Sie, dieses in Ihren tiefgründigen Überlegungen zu berücksichtigen.

Ordnungsantrag

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Ich beantrage, über die beiden Forderungen der Motion separat abzustimmen.

Steidle Silvia, directrice des finances: Je vous remercie pour cet échange qui dépasse le cadre financier et touche à des questions fondamentales. Si les objectifs exprimés par le plan climatique et relayés dans le Règlement sur le climat adopté par ce Parlement en septembre 2020 sont aussi soutenus par la Commune, la présente motion va bien au-delà. La sobriété volontaire mentionné dans le rapport sur le réchauffement climatique est clairement abordée sous l'angle du consumérisme parfois inutile dans les pays industrialisés. Elle énonce la réduction de la publicité pour des biens inutiles dans l'espace publique. Une interdiction totale, telle qu'elle est demandée dans cette motion, va bien au-delà de ces principes et est excessive selon l'avis du Conseil municipal.

L'idée de mandater le Conseil municipal de ne pas reconduire le contrat avec la société d'affichage n'est pas possible sous cette forme. Il faudrait pour cela édicter un règlement qui délimite l'utilisation du domaine public. Le règlement sur la réclame devrait aussi être révisé et ensuite trouver l'aval du Canton. Il devrait exclure tous les tiers qui souhaiteraient utiliser le domaine public pour un affichage autre que commercial. On ne peut pas faire la différence entre la bonne publicité des petits artisans locaux et la mauvaise publicité des grands groupes, cela poserait effectivement la question des droits fondamentaux inscrits dans la Constitution fédérale

à l'article 27 (liberté économique). Le Conseil municipal devrait mener une réelle étude afin de savoir si, dans le cas concret, l'interdiction proposée par la motion serait proportionnée. La littérature juridique qui existe aujourd'hui en la matière émet de sérieux doutes quant à la proportionnalité de l'objectif et de la mesure. Il apparaît qu'il est plus important d'enseigner aux individus comment lire et comprendre les messages plutôt que d'essayer de les protéger en instaurant des interdictions. Certains d'entre vous l'avez souligné, et je peux vraiment l'appuyer, que chacun et chacune doit pouvoir comprendre les intentions persuasives d'un message publicitaire, développer l'esprit critique et avoir un degré de scepticisme vis-à-vis de la réclame. La question a été posée si les terrains de sport publiquement accessibles tomberaient sous cette législation. Je peux répondre par l'affirmative car ils font partie de l'espace public. Les motionnaires citent quelques villes où cette interdiction serait entrée en vigueur, notamment Grenoble. Je ne connais pas les autres villes, mais je souhaiterais ajouter quelque chose concernant Grenoble qui va au-delà de ce qui a été soulevé. Cet exemple nous est le plus proche, mais il est important de souligner que la publicité n'est pas bannie de l'espace public de cette ville. Vous pouvez constater très vite, en sortant de la gare, que vous êtes tout de suite confrontés à de grandes affiches publicitaires. Il faut savoir que la ville n'a pas banni la publicité de son espace public, car l'agglomération de Grenoble a des droits d'affichage que la ville a refusés. La ville a renoncé à son affichage, mais cela n'a pas eu de réels effets sur la publicité des privés qui ont la possibilité d'afficher sur d'autres supports.

Il est interdit d'interdire, merci de rappeler ce principe. Cet aphorisme représentait le slogan de mai 68. Je peux le dire en tant que politologue et sociologue, l'histoire n'est pas linéaire. C'est tout de même incroyable que les motionnaires aimeraient, aujourd'hui, interdire la publicité dans le domaine public. Il faut utiliser les moyens à disposition pour renforcer la qualité de vie dans les quartiers et sensibiliser la population aux thèmes liés au climat tels que la consommation durable, la numérisation et l'encouragement de la biodiversité. Tous ces principes sont fondamentaux et chers au Conseil municipal qui souhaite les réaliser d'ici 2030. Pour ces raisons, le Conseil municipal vous recommande vivement de rejeter cette motion.

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin:

Frau Tennenbaum signalisiert mir, dass sie ihren Antrag zurückzieht.

Ordnungsantrag

Hamdaoui Mohamed, PDC: Je propose que l'on procède à un vote nominatif sur cette motion car il s'agit d'une décision importante.

Der Ordnungsantrag wird gutgeheissen.

Abstimmung

- über den Antrag der JUSO, die Motion erheblich zu erklären

		JA	NEIN	ENTH
PSR	Akamba Frédérica			X
--	Augsburger- Brom Dana	X		
FDP	Bohnenblust Peter		X	
PRR	Bord Pascal		X	
GLP	Briechele Dennis		X	
FDP	Cadetg Leonhard		X	
SP	Clauss Susanne	X		
JUSO	Cuixeres Manon	X		
Grüne	De Maddalena Daniela	X		
UDC	Francescutto Luca		X	
GLP	Gurtner-Oesch Sandra		X	
PdA	Halter Marisa	X		
Centre	Hamdaoui Mohamed		X	
PdA	Heiniger Peter	X		
Grüne	Iseli Isabelle	X		
PSR	Kilezi Ruth			X
SP	Kohler Silja	X		
SP	Koller Levin	X		
GLP	Lehmann Caroline		X	
FDP	Leuenberger Bernhard		X	
PEV	Liechti Kathleen		X	
Grüne	Loderer Benedikt		X	
PSR	Moeschler Marie	X		
EVP	Molina Franziska		X	
SVP	Morandi Marcel		X	
PRR	Paronitti Maurice		X	
PRR	Pittet Natasha		X	
PSR	Rebetez Maurice			X
DE	Rindlisbacher Hugo		X	
UDC	Rochat Julien		X	
Les Verts	Roth Myriam	X		
Grüne	Rüber Stefan	X		
PVL	Schaffter Gaël		X	
SVP	Scherrer Jürg		X	

Grüne	Scheuss Urs	X		
JUSO	Schlup Nina	X		
SVP	Schneider Sandra		X	
SVP	Schneider Veronika		X	
EDU	Schor Alfred		X	
PAS	Sprenger Titus			X
SP	Steinmann Alfred			X
GLP	Stocker Julien		X	
PSR	Stolz Joseline			X
JUSO	Strobel Gianna	X		
PRR	Suter Daniel		X	
FDP	Sutter Andreas		X	
SP	Tanner Anna	X		
PAS	Tennenbaum Ruth		X	
Les Verts	Tonon Ariane	X		
PSR	Torriani Latscha Isabelle			X
JUSO	Trafelet Salome	X		
Grüne	van der Meer Marion			X
Les Verts	Vouillamoz Naomi	X		
UDC	Wächter Olivier		X	
FDP	Wendling Cécile		X	
UDC	Widmer Patrick		X	
SP	Wiederkehr Martin		X	
SVP	Zumstein Joël		X	
	Gesamtergebnis	19	31	8

Die Motion wird mit 19 JA zu 31 NEIN und 8 Enthaltungen nicht erheblich erklärt.

23. Dringliches Postulat 20200182, Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO, «Bieler Strandbad für ALLE!»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 2)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO: Das Postulat entstand während des Lockdowns im Frühling 2020. Es galt, Platz für die daheimgebliebenen BielerInnen zu schaffen, da Auslandferien während des Sommers 2020 nahezu unmöglich waren. Die Idee des Postulats ist nicht neu, das Bieler Strandbad war bereits einmal gratis zugänglich. In

Bern sind alle öffentlichen Bäder gratis. In Biel wurde aufgrund der teilweise schlechten Erfahrungen vor ungefähr 30 Jahren beschlossen, wieder Eintritt zu verlangen. Nichtsdestotrotz kann ich dem Gemeinderat folgen. Ich bin damit einverstanden, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben. Wenn sich die Pandemiesituation jedoch nicht ändert, werde ich mir vorbehalten, erneut einen Vorstoss zu diesem Thema einzureichen.

Wächter Olivier, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Madame Clauss va suivre la proposition du Conseil municipal et le Groupe UDC/Les Confédérés également. Ce postulat demande la gratuité de la plage de Bienne pour tout le monde, indépendamment du lieu de résidence. La réponse du Conseil municipal est très claire. La gratuité de la plage pourrait avoir un effet boomerang, puisque des files d'attente compliqueraient l'accès à la plage au lieu de le faciliter. Vu la situation sanitaire actuelle, il n'est pas très judicieux d'entrer en matière sur cet objet. Un autre point important soulevé dans la réponse du Conseil municipal est la perte de recettes pour la CTS. Ce postulat représente typiquement une demande provenant de la gauche: gratuité pour toutes et tous en utilisant l'argent des autres! Il faut rappeler qu'il existe des offres attractives pour les habitants et habitantes de la Ville et les familles. Le PS oublie souvent qu'il existe des lois économiques, et notamment le principe qui dit qu'une prestation fournie implique un prix à payer. Le Groupe UDC/Les Confédérés suit la proposition du Conseil municipal.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Der Gemeinderat hat den Vorstoss nicht so verstanden, dass alles für alle gratis zugänglich gemacht werden soll. Vielmehr stellte er sich vor dem Hintergrund der aktuellen Coronakrise und den dadurch verunmöglichten Auslandsferien die Frage, wie möglichst viel Platz bereitgestellt werden kann? Die Freiraumbewirtschaftung während der Coronapandemie wird auch im Sommer 2021 eine grosse Herausforderung sein. Um die Leute möglichst gut zu verteilen, ist ein koordiniertes Vorgehen zwischen Biel und Nidau notwendig. Im Frühjahr 2020 beispielsweise wurden nicht die Anlagen an der Seebucht gesperrt, sondern die Parkplätze. Damit wurde genügend Platz für BielerInnen geschaffen und nicht für die Auswärtigen. Dieses Vorgehen war mit Nidau koordiniert. Bei den Strandbädern ist die Situation ähnlich. Wäre das Bieler Strandbad gratis zugänglich gewesen, das Nidauer Bad aber kostenpflichtig, hätte dies zu einem massiven Andrang und einer Überlastung in Biel geführt. Der Gemeinderat hat sich überlegt, das Bieler Strandbad zu einem normalen öffentlichen Freiraum wie den Strandboden zu machen. Damit hätten die normalen Abstandregeln gegolten und Stadtverwaltung und CTS wären ihrer erhöhten Verantwortung enthoben worden. Dafür hätten aber im Gegenzug Sprungturm und Damm im Strandbad gesperrt werden müssen. Schlussendlich hat die Saison 2020 im Bieler Strandbad gut funktioniert. Im Gegensatz zu Bern ist das Bieler Strandbad nicht traditionell gratis. Ich erinnere mich gut an die Zeit, als vor ungefähr 30 Jahren das Bieler Strandbad einen Sommer lang gratis war. Dagegen wurde aber eine Petition eingereicht. Weshalb? In der Seebucht hat es unterschiedliche Angebote für unterschiedliche Bedürfnisse. Der Strandboden ist ein bisschen wilder und unorganisierter mit Hunden, Frisbeewerfenden und Radios. Im Strandbad ist die Kundschaft eher etwas älter und verbringt die Zeit in geordneten Verhältnissen im Liegestuhl. Als das Strandbad gratis wurde, kamen Leute (trotz Verbot) mit Hunden und Wandernde in voller Ausrüstung und mit Fotoapparaten. Auf dem Damm kam es zu Konflikten, da die SpaziergängerInnen von badenden Kindern nassgespritzt wurden. Ich kann dies deshalb so genau schildern, weil ich die Situationen damals miterlebt habe. Heute muss die Lage auf allfällige Veränderungen hin analysiert werden.

Aufgrund der Anlagen wie beispielsweise dem Sprungturm sind die Verantwortlichkeiten im Strandbad anders als am Strandboden. Erfüllt die Eintrittsgebühr als eine Form von Lenkungsabgabe immer noch ihren Zweck? Der Gemeinderat wird diese Frage für die Zeit nach Corona prüfen.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

24. Dringliches Postulat 20200181, Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO, «Längholzwald 2»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 3)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO: Ich stehe bereits zum zweiten Mal am Rednerpult, um für den Schutz eines kleinen aber nicht weniger wichtigen Waldes zu bitten. Ich mache Sie auf die Äusserungen eines Försters aufmerksam, welcher zukunftsgerichteter, empathischer und sensibler unterwegs ist als das kantonale Forstamt: *«Als ich meine berufliche Laufbahn als Förster begann, kannte ich vom geheimen Leben der Bäume ungefähr soviel wie ein Metzger von den Gefühlen der Tiere. Die moderne Forstwirtschaft produziert Holz, sprich sie fällt Stämme und pflanzt anschliessend wieder neue Setzlinge. Da ich täglich hunderte von Fichten, Eichen oder Kiefern im Hinblick darauf taxieren musste, wozu sie im Sägewerk taugen und wie hoch ihr Vermarktungswert ist, wurde meine Wahrnehmung dieses Sichtfelds eingeengt. Jedoch, der Wald ist für viele Menschen ein Sehnsuchtsort. Er steht für Stille und unberührte Natur. In Gesprächen mit vielen Besuchenden veränderte sich mein Waldbild. Krumme knorrige Bäume, die ich zuerst als minderwertig einordnete, riefen bei Wandernden Begeisterung hervor. Ich lernte zusammen mit den Besuchenden nicht nur auf die Stämme und deren Qualität zu achten, sondern auch auf bizarre Wurzeln, besondere Wuchsformen oder zarte Moospolster auf der Rinde. Plötzlich entdeckte ich unzählige Wunder, die ich mir kaum erklären konnte. Gleichzeitig begann die Universität Aachen mit regelmässigen Forschungsarbeiten in meinem Revier. Viele Fragen wurden dabei beantwortet. Die Wunder waren keine Wunder, sondern wissenschaftlich zu erklären. Zahllose Fragen tauchten auf. Das Leben als Förster wurde wieder spannend, jeder Tag im Wald zu einer Entdeckungsreise. Bei der Waldbewirtschaftung wurde nun ungewohnte Rücksichtnahme gefordert. Wer weiss, dass Bäume ein Gedächtnis haben, Botschaften austauschen sogar Sonnenbrand und Falten bekommen können und dass Baumeltern mit ihren Kindern zusammenleben, der kann sie nicht mehr so einfach fällen und mit Grossmaschinen zwischen ihnen herumwüten. Seit zwei Jahrzehnten schon sind diese Grossmaschinen aus meinem Revier verbannt. Wenn doch einmal einzelne Stämme geerntet werden, erledigen die Waldarbeiter die Arbeiten behutsam mittels Einzelschlag. Ein gesunder und vielleicht sogar glücklicher Wald ist wesentlich produktiver und das bedeutet zugleich höhere Einnahmen. Dieses Argument überzeugte auch meinen Arbeitgeber, die Gemeinde Hümmel und so kommt in dem winzigen Eifelort keine andere Wirtschaftsweise in Frage. Die Bäume atmen auf und verraten mir noch mehr Geheimnisse.»* Dies ist ein Auszug aus dem Buch «Das geheimen Leben der Bäume» von Peter Wohlleben. Er betreibt eine Facebook-Seite und was er zu erzählen hat, ist sehr spannend.

Nun zu Biel. Der Berner Staatsforstbetrieb hat wieder zugeschlagen: 800 Bäume respektive rund 7 Hektaren Wald vom Schulhaus Linde bis zum Mettmoos sind weg. Mein Postulat verhallt erneut im Nirwana. Seit ich mich damit befasse, sind gesamthaft über 15 ha Wald gefällt worden. Bäume, welche nicht mehr da sind, können keinen Sauerstoff abgeben, keinen Schatten spenden, keinen Temperatenausgleich leisten, keine Tiere, keine Flechten und keine Pilze mehr beherbergen. Die Stadt Biel schmückt sich mit hübschen Diversivitätsprojekten, die aber in Zeiten des Klimawandels ganz sicher nicht ausreichen. Wir benötigen jedes Stück Wald und jeden Baum um die Stadt Biel herum. Der Gemeinderat schreibt in seinem Bericht erneut, dass die Stadtverwaltung nicht zuständig sei. Eigentlich ist diese Antwort schwach. Selbstverständlich hat die Stadtregierung die städtische Bevölkerung auch beim Kanton zu vertreten. Dieses Mal erfolgte der Schlag sogar auf Bieler Boden. Beim Längholzwald handelt es sich um einen zusammenhängenden, fast gänzlich auf Brügger und Bieler Boden wachsenden Wald. Genau deshalb wären die Anliegergemeinden verpflichtet, sich dafür einzusetzen. Weil in meinem Postulat ein Fachbegriff falsch verwendet wurde, ist in der Beantwortung die Richtigstellung zu lesen, es würde sich nicht um eine Rodung handeln, sondern um einen Holzschlag. Das zu erkennen, ist für Laien nicht möglich. Der Wald und die Biodiversität an dieser Stelle sind verloren. Das Gelände sieht aus, als wäre ein Flugzeug abgestürzt. Die Aussage der Leiterin der zuständigen kantonalen Stelle, das Gebiet sei in ein paar Jahren mit neuen Pflanzen und Jungbäumen überwachsen, wirkt satirisch. Die Waldbesuchenden finden das aber nicht zum Lachen. Sie würden gerne Wald geniessen und nicht nur Brombeersträucher und Gebüsche. Das Schlussbouquet der Ausführungen der Leiterin der Abteilung Wald Mittelland ist beinahe zynisch und zeigt die Haltung der kantonalen Verwaltung gegenüber der Bevölkerung. Dem kantonalen Forstbetrieb wird die saubere Ausführung eines überlegten und waldbaulich sinnvollen Schlages attestiert. Ich habe mich ernsthaft gefragt, welche Drogen die gute Frau konsumiert hat. Es handelt sich um ein Waldmassaker.

Die vom Gemeinderat erwähnte im Grossen Rat eingereichte Interpellation 066-2020 «Zur Wirkung von grossflächigen Holzschlägen» wurde mittlerweile beantwortet. Der Wald habe eine Schutz-, Nutz- und Wohlfahrtsfunktion. Zurzeit verkommt der Längholzwald aber zu einer reinen Nutzfunktion. Zudem ist der Waldsaum im Süden durch einen früheren Schlag vollständig zerstört und es wird viele Jahre dauern, bis er nachwächst. Die einzeln stehengelassenen Bäume wurden durch nachfolgende Stürme auch noch dahingerafft. Das Argument der Sicherheit, welches der Staatsforstbetrieb immer anführt, ist dadurch widerlegt. Weil die Bäume nicht mehr richtig verwurzelt sind, wird eine Gefahr geschaffen, welche erst in vier bis fünf Jahren behoben werden könnte. Wieso soll eine menschengemachte Verjüngung des Waldes besser sein als eine natürliche? Dies entzieht sich jeglicher Logik und kann nur mit menschlicher Überheblichkeit erklärt werden. Auch von mir befragte in der Forstwirtschaft Tätige fanden keine Erklärung. Aktuell wird es eben so gelehrt und ist gängige Praxis. Viel natürlicher wäre der von Peter Wohlleben ausgeführte Einzelschlag. Alte Bäume sterben und junge bekommen die Chance, im Schutz des bestehenden Waldes nachzuwachsen. Mit einer gesunden Altersdurchmischung ist immer Wald vorhanden. Die Klimaveränderung wird zeigen, dass wir über einen intakten, kühlenden Wald froh sein werden. Nur ein solcher Wald ist als CO₂-Speicher voll leistungsfähig. Ein derart brutaler Einschlag zerstört aber diese Funktionen über viele Jahre hinaus. Genau jetzt bleiben uns aber nicht mehr viele Jahre. Zum Thema nachhaltige Holznutzung habe ich der Presse entnommen, dass 50% des in der Schweiz geschlagenen Holzes nach China verschifft wird. Als Billigmöbel kommt es

anschliessend wieder zurück. Selbst der hochgelobte Staatsforstbetrieb schickt 33% seines Buchenholzes nach China. Was dabei ökologisch oder nachhaltig sein soll, ist mir schleierhaft. Ich finde ausserdem, dass China auf allen Ebenen zu boykottieren wäre.

Im Bärletwald in Brügg steht ein neuerliches Massaker bevor. Die weit über hundertjährigen Buchen und Eichen am Waldrand beim Findling sind markiert. Der Staatsforstbetrieb will wieder zuschlagen. Ich frage mich, wie lange Biel als Anliegergemeinde noch zuschaut. In Brügg soll eine Petition gegen den Kahlschlag eingereicht werden. Die BrüggerInnen wehren sich vehement. Wie lange will der Gemeinderat noch zuschauen, wie der Staatsforstbetrieb in herrschaftlicher Manier in unserem Wald wütet? Es handelt sich um einen äusserst wichtigen Wald für die Bieler Bevölkerung und ist gerade in der Zeit des Lockdowns ohne Reisemöglichkeit noch viel wichtiger geworden. Die Umliegergemeinden Biel und Brügg sollten endlich einen runden Tisch einberufen und dem Staatsforstbetrieb erklären, dass der Wald eine Zeit lang in Ruhe zu lassen ist. Aus meiner Sicht hat der Gemeinderat mein Anliegen nicht erfüllt. Das Holzschlagmoratorium ist nicht umgesetzt. **Ich beantrage daher, das Postulat nicht abzuschreiben.** Der Gemeinderat hat im Geyisried gezeigt, dass gemeinsam mit den umliegenden Gemeinden runde Tische einberufen werden können. Ich bitte ihn deshalb, das für den Wald auch zu tun. Ich spreche in dieser Sache für zahllose Gleichgesinnte, nicht nur allein in meinem Interesse!

Zumstein Joël, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen hat von der Beantwortung des vorliegenden Vorstosses Kenntnis genommen. Wir sind der Meinung, dass die Antwort ausführlich ist und Einschränkungen klar aufzeigt. Frau Clauss, Sie haben sich soeben sehr ausführlich über Ihre Unzufriedenheit mit dem Staatsbetrieb ausgelassen. Der Vorstoss hat Ihnen Anlass gegeben, die Notwendigkeit der Staatsbetriebe in gewissen Bereichen zu hinterfragen. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen wird aber dem Antrag des Gemeinderats folgen, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Suter Daniel, PRR: J'ai entendu de la bouche d'un pasteur de l'Église protestante genevoise l'expression: *«La dictature de l'émotionnel»*. Je crois qu'on a atteint cette dictature ce soir. Il est vrai qu'abattre des arbres touche l'émotionnel. D'ailleurs, les coupes de ces 800 arbres étaient le premier argument des opposants de la branche Ouest de l'A5. Ils ont d'ailleurs obtenu ce qu'ils souhaitaient. Toutefois, au-delà de ces émotions, il y a la raison, la science, le savoir-faire. Il faut rappeler que cette forêt avait un tout autre aspect, il y a 30 ans. Le moment est venu de traiter ce bout de forêt et cela a été fait de manière professionnelle. Je trouve un peu cavalière la manière dont l'intervenante traite la Direction cantonale de l'économie publique, mais aussi les spécialistes de l'entreprise qui ont fait le travail. J'ai d'ailleurs retenu l'expression «cette bonne femme», qui se référait à la Responsable de la Division forestière. Si un homme avait utilisé ce terme, cela aurait provoqué un tsunami de réactions. L'abattage de ces arbres a été expliqué en détail. Comme le Conseil municipal l'a déjà mentionné dans sa réponse au postulat interpartis 20170208 «Détente et tranquillité dans la forêt du Längholz», il n'a pas de base légale pour intervenir auprès du Canton. Cette situation est tout à fait normale. J'ai trouvé touchant la dernière phrase de la Directrice de la Division forestière: *«Dans quelques années, la forêt sera à nouveau complètement différente avec, espérons-le, de nombreux brins de chênes et un magnifique décor pour des promenades en toute sécurité»*. Un grand merci pour toutes ces explications. Je vous prie de suivre la proposition du Conseil municipal.

van der Meer Marion, Grüne: Ich bin Forstingenieurin, wie die erwähnte Leiterin der betreffenden kantonalen Waldabteilung auch. Ich denke nicht, dass sie Drogen konsumiert, ich jedenfalls tue das nicht. Es stimmt, im Längholzwald gibt es sehr alte, ökologisch und insbesondere ornithologisch wertvolle Eichen. Der Bärletwald ist ein wunderschöner Wald. Es wäre toll, dort Altholzinseln oder ein Spezialreservat ausscheiden zu können. In der Schweiz entscheiden jedoch ausschliesslich die WaldeigentümerInnen darüber, wie ihr Wald bewirtschaftet wird. Die Waldgesetzgebung wurde denn auch bei dem – zugegeben rabiaten – Holzschlag eingehalten. Eichenverjüngung benötigt mehr Lichteinfall als andere Verjüngung. Weil aber die WaldeigentümerInnen laut Waldgesetzgebung allein verantwortlich sind für die Bewirtschaftung, ist die Stadtverwaltung hier nicht zuständig. Trotzdem stellen sich durchaus spannende Fragen. Welchen Leistungsausweis kann beispielsweise der Staatsforstbetrieb betreffend Biodiversitätsdienstleistungen vorweisen? 7% der Waldfläche im Kanton Bern gehören dem Kanton. Er ist damit der grösste Waldeigentümer und hat eine Vorbildfunktion. Was sagt der Benchmark mit den anderen Kantonen aus und wie lassen sich die Wälder vergleichen? Diese Fragen müssten auf kantonomer Ebene oder von Naturschutzverbänden geklärt werden.

Frank Lena, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Unbestritten ist, dass der Wald als Naherholungsgebiet und ökologisch von sehr grosser Bedeutung ist. Ich stimme Frau Clauss zu, es sieht in der Tat traurig aus im abgeholzten Gebiet. Der Gemeinderat versteht das Anliegen der Postulantin und ihren Wunsch, den Wald besser zu schützen. Wie jedoch in der Beantwortung erwähnt, liegen rund 90% der Fläche nicht auf Bieler Gemeindegebiet. Der Gemeinderat schreibt weiter, dass die Stadt nicht Eigentümerin dieses Waldes ist. In der Zwischenzeit hat sich gezeigt, dass diese Information nicht ganz richtig ist, denn ein ganz kleines Stück beim Friedhof Madretsch gehört der Stadt Biel. Dieser Perimeter ist aber nicht vom Holzschlag betroffen und die Bewirtschaftung wird, wie bei allen Waldstücken im Besitz der Stadt Biel, von der Burgergemeinde wahrgenommen. Die Postulantin verlangt, dass sich die Stadtverwaltung beim Kanton für eine Bewirtschaftung mit sogenannten «besonderen Bewirtschaftungsformen» einsetzt. Damit würde dieser Wald zu einem Waldreservat, in welchem nur sehr beschränkt Eingriffe erfolgen können bzw. der Wald müsste für mindestens 50 Jahre der Natur überlassen werden. Diese Vorgabe widerspricht jedoch den Bedingungen für ein Naherholungsgebiet. Der Längholzwald wird von Erholungssuchenden stark frequentiert. Der Gemeinderat erachtet daher die geforderten Schutzbestimmungen, insbesondere aufgrund der von Herrn Suter erwähnten Sicherheitsüberlegungen, nicht als sinnvoll. Dies gilt auch für den Perimeter im Besitz der Stadt. Aufgrund seiner geringen Grösse ist er für eine besonders schützenswerte Fläche nicht geeignet. Ausserdem befindet er sich direkt neben einem Siedlungsgebiet. Der Gemeinderat nimmt das Anliegen gerne auf und versucht, zusammen mit der Burgergemeinde andere ökologische Aufwertungen umzusetzen. Beispielsweise könnten, wie von Frau van der Meer angesprochen, sogenannte Totholzinseln geschaffen werden.

Es ist legitim, die Bewirtschaftungsstrategie des Staatsforstbetriebs zu kritisieren. Die Stadtverwaltung ist allerdings die falsche Adressatin dieser Kritik. Die verschiedenen Vorstösse und die laufende Unterschriftensammlung für eine Petition zeigen, dass das Thema die Bevölkerung stark beschäftigt. Der Gemeinderat nimmt die Forderungen ernst und wird sich im Rahmen bestehender Gefässe für das Anliegen einsetzen. Der Kanton Bern überarbeitet im Moment die regionalen Waldpläne. Dieses Verfahren ist der Überarbeitung der kantonalen Richtpläne sehr ähnlich. In der Begleitgruppe sind alle Interessenvertretungen dabei. Die Direktion Bau, Energie und Umwelt wird dort als

Vertreterin der Stadt Biel im Sinn der Postulantin intervenieren. Die Diskussion wird zeigen, wie weit sich die verschiedenen Ansprüche unter einen Hut bringen lassen. Der Gemeinderat hat seinen Handlungsspielraum ausgeschöpft und daher die Forderung erfüllt. Ich bitte Sie deshalb, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben

Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO: Herr Zumstein, ich weiss, dass die Stadt Bern auch Probleme mit privaten Waldbesitzenden hat. Offenbar ist es im Moment Usus, mit Maschinen Kahlschlag zu betreiben. Die EigentümerInnen oder den Staatsforstbetrieb miteinzubeziehen nützt herzlich wenig. Frau van der Meer hat betont, dass der Kanton Waldeigentümer ist. Die EigentümerInnen von Kantons- oder Gemeindewald sind jedoch wir Steuerzahlenden. Der Sicherheitsaspekt wird immer wieder erwähnt. Absolute Sicherheit existiert nur, wenn alle Bäume gefällt sind. Selbstverständlich kann auch mit Einzelschlag dafür gesorgt werden, dass die Sicherheit gewährleistet ist. Die «besonderen Bewirtschaftungsvorschriften» bedeuten für mich nicht zwingend eine Schaffung eines Waldreservats, es sind Abstufungen möglich. Die Begründung, dass die Stadt Biel nicht zuständig sei, wird immer wieder angeführt. Im Stadtrat wurde kürzlich über das Verkehrsproblem im Geyriedquartier diskutiert. Der Durchgangsverkehr betrifft verschiedene Gemeinden. Nach 20 Jahren wurde nun endlich ein runder Tisch geschaffen. Ich möchte nicht so lange auf eine Lösung im Längholzwald warten. Frau Frank, Ihnen habe ich noch ein Geschenk mitgebracht. Es ist eine Hommage an den Längholzwald in Form eines Kinderbuches. Darin werden die Atmosphäre und die dortigen Findlinge wunderschön beschrieben. Denn ja, Herr Suter, Wald ist etwas Emotionales...

Abstimmung

- über den Antrag der Postulantin, das Postulat nicht abzuschreiben

Der Antrag wird abgelehnt. Das Postulat wird somit erheblich erklärt und als erfüllt abgeschrieben.

25. Begründung der Dringlichkeit der überparteilichen Interpellation 20210022, Roth Myriam, Fraktion Grüne, Koller Levin, Fraktion SP/JUSO, Briechle Dennis, Fraktion GLP+, Stolz Joseline, Fraktion PSR, Sprenger Titus, Fraktion Einfach libres! «Aufstockung Dienststelle Umweltschutz»

Roth Myriam, Les Verts: En premier lieu, il faut noter que le Parlement a décidé d'une mesure d'économie dans le budget du personnel pour l'an 2021. Toutefois, le renforcement du Service de l'environnement est plus que nécessaire et même urgent. Il nous faut donc obtenir des réponses concernant l'occupation de ce poste et trouver une solution rapide et conséquente. De plus, la motion interpartis sur le même sujet a été adoptée pour demander la création de ce poste dès janvier 2021 (Motion 20190425, «Aufstockung Dienststelle Umweltschutz»).

Die Dringlichkeit wird gewährt.

26. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20210021, Rüber Stefan, Fraktion Grüne, «Anpassungen des Budgets 2021: Wie reagiert der Gemeinderat?»

Rüber Stefan, Grüne: Meine Interpellation ersucht um Informationen dazu, wie der Gemeinderat vorging, nachdem der Stadtrat das Budget 2021 angepasst hatte. Meines Erachtens ist diese Information hilfreich für die nächste Budgetdebatte. Es wäre auch möglich gewesen, das Anliegen in einem Gespräch mit dem Gemeinderat zu klären, aber die Antworten gehen alle etwas an. Die Dringlichkeit ergibt sich aufgrund der anstehenden Budgetdebatte.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

Sitzungsunterbruch: 20.00 Uhr - 20.30 Uhr

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Wir kommen nun zu einem weniger schönen Moment, nämlich zur Verabschiedung von Maurice Rebetez.

27. Verabschiedung Maurice Rebetez

Strobel Salome, présidente du Conseil de ville: Il est rare que nous devons prendre congé d'un membre du Parlement le deuxième soir d'une nouvelle législature déjà. Toutefois, sachant que ce départ est dû à de sérieux problèmes de santé, Maurice Rebetez a bien évidemment toute notre compréhension. Maurice est membre du Conseil de ville depuis le 1^{er} janvier 2017. Il s'est rapidement fait un nom en tant que négociateur apprécié au sein du Conseil de ville. Nous regrettons sa démission et lui souhaitons le repos et la force nécessaires à son rétablissement. Maurice m'a priée de vous lire sa lettre de démission:

«Ce n'est jamais le bon moment...Eh oui, ce n'est pas le moment idoine pour annoncer une démission du Conseil de Ville, en tout début de législature. Mais lorsque le "calendrier parlementaire" et le "calendrier santé" d'un élu ne se coordonnent pas, il faut bien se résigner et tenir compte des circonstances pour prendre les décisions qui s'imposent! Analyser les circonstances, c'est relativement simple:

- 21 décembre 2020, en urgence à l'hôpital suite à un infarctus, pose d'un "stent" et quatre jours d'hospitalisation.*
- 20 janvier 2021, nouveau rendez-vous pour procéder à la pose de deux ou trois autres "stents", puis période de réhabilitation et de thérapie.*

Prendre les décisions qui s'imposent suite à cette sérieuse alerte qui interpelle et pose certaines questions, reste un brin plus compliqué! Sur recommandation des médecins, il s'agit essentiellement de lever le pied, de ralentir la cadence et de prendre le temps nécessaire, afin de passer sans trop d'encombres cette période de turbulences. Alors, après mûre réflexion, c'est avec un certain regret que je renonce au mandat de Conseiller de Ville. Il ne m'est de surcroît pas imaginable d'être absent durant une période de convalescence relativement longue (le cardiologue évoque quatre à six mois), du moment qu'une suppléance momentanée n'est pas autorisée. Dans mon cas, c'est certainement une option que j'aurais privilégiée, une pause de six mois permettant de retrouver la santé sereinement et de reprendre du service par la suite! Pour la petite

histoire, il serait intéressant de poursuivre la réflexion quant à cette possibilité lorsque les discussions concernant le nouveau Règlement de la Ville reprendront. Dans un premier temps, je tiens à remercier toutes les personnes du SP/PS qui m'ont témoigné un soutien bienvenu et réconfortant durant cette période particulière. Un message, un appel, un courrier, une attention, tant de moments partagés qui aident à passer ce moment difficile, qui montrent un bel élan de solidarité et qui donnent un sens tout particulier à BiennEnsemble».

Stolz Joseline, au nom du Groupe PSR: Cher Maurice, après quatre ans intenses au Conseil de ville ainsi qu'au Comité du PSR, puis en tant que Président du Groupe PSR depuis deux ans, tout semblait être limpide comme de l'eau de roche. Le Groupe PSR démarrait très confiant cette nouvelle période avec une nouvelle équipe. Tout semblait rouler comme sur des roulettes. Sans prévenir, ton alerte cardiaque à la veille de Noël a tout remis en cause, mais ta santé nous a particulièrement inquiétés. Nous sommes restés en suspens dans l'espoir que cette alerte en resterait là. Malheureusement, ton état de santé nécessite une intervention chirurgicale, une réhabilitation, et surtout un changement radical de mode de vie, qui t'impose de lever le pied afin de préserver ton cœur. Nous tenons à toi, à ta qualité de vie, et nous te disons de prendre soin de toi avant tout. Ta capacité de nouer des liens entre les personnes, celle d'organiser et de mener nos rencontres, ta disponibilité pour le parti, sans compter ton temps – tu as mis toute ton énergie pour organiser, apaiser, concilier et coordonner. Tu as participé à un nombre incalculable de séances parfois interminables. Ta bonne humeur légendaire a contribué à la bonne ambiance. Tu savais relier les pôles opposés en mettant du liant là où il le faut. Tes qualités humaines et ton amitié vont nous manquer. Après ce moment d'émotions, je me permets une petite incartade pour te faire rire un peu, Maurice. En guise de clin d'œil mais aussi parce que je sais que tu es sensible à l'humour. «M o t m o t», mot épilé qui signifie Momot, diminutif de Maurice. Pourquoi Motmot? Ce petit nom s'est imposé à toi qui es si friand de bons mots et qui aime jouer avec la langue française. Toi qui a toujours le bon mot pour clore un sujet, exprimer une émotion ou détendre l'atmosphère, toujours dans un esprit positif et «humotmotristique». Nous te souhaitons du bon temps et peut-être du temps pour les «motmots»-croisés, les «motmots»-fléchés et les jeux de sudoku. Tu trouveras l'intrus... Ce que tu trouveras dans ce sac te servira au bas mot. Tu sauras apprécié les beaux «motmotments» de détente pour la découverte de nectars au goût «mémotmotrable» d'ici et d'ailleurs mais toujours avec «motmotdération», ainsi que des activités «motmotiventes» et foisonnantes. C'est donc avec «émotmotion» que nous te disons au revoir et bon vent. Prends soin de toi et de ta famille et que cette année soit relax. Merci pour tout, cher Motmot, aussi avec ces quelques fleurs pour marquer ce «motmotment d'émotmotion» particulier. C'est avec regret et tristesse que nous prenons congé de toi ce soir.

Paronitti Maurice, au nom du Groupe PRR: Cher Maurice, comme disait ce bon vieux Blaise Pascal: «*Le cœur a ses raisons que la raison ne connaît point.*» Cet aphorisme, pris au sens littéral, s'applique à ton cas, même si le sens profond qu'il recèle parle de tout autre chose. Pour des raisons que seul ton cœur connaît, tu es amené à quitter cet hémicycle. Tu vas nous manquer, mais non pas parce que nous n'aurons plus l'occasion de débattre avec toi. Le fait que nous ne soyons pas toujours du même avis ne fait que confirmer finalement cette réalité qui veut qu'une médaille comporte toujours deux faces. Bon, certains esprits chagrins nous diront qu'il convient également de tenir compte de la tranche...Ce qui va nous manquer, c'est surtout ce qui nous lie transversalement, à savoir la langue française, dont tu manies les subtilités d'admirable

manière. Nous, parlementaires, en avons encore eu la démonstration en décembre dernier lors du feu d'artifice de calembours, jeux de mots et autres contrepèteries dont tu as gratifié certains membres sortants et qui nous ont tant réjouis. Même lors de la présentation de thèmes sérieux, tu as toujours saupoudré ton discours d'éléments langagiers parfois insolites, mais toujours fort à propos et souvent humoristiques. Le sémiologue Umberto Eco a glosé sur ce qu'il appelait les formes du contenu, en s'interrogeant inversement sur le contenu de la forme. Chez toi, il y a toujours eu la forme et le contenu, ce qui rendait plaisants tes plaidoyers et frappait les esprits. Cela te vient sûrement de ton bagage d'enseignant, accumulé durant ta longue et exemplaire carrière, et faisant mentir cette affreuse blague qui voudrait que si un prof devait passer sous un rouleau compresseur, il en ressortirait un catalogue de vacances... Tu t'es bien gardé de jouer au xyloglotte, car il semble qu'en politique, comme le ferait «Achille Talon», si on peut mépriser l'obstacle, on s'emploie souvent à noyer le poisson dans un maelström de langue de bois, la xyloglossie, justement. Or, rien de plus facile que de parler pour ne rien dire. Voici quelques exemples tirés du manuel du parfait député publié par la très hexagonale École nationale d'administration: *«Mesdames, Messieurs, la conjoncture actuelle doit s'intégrer à la finalisation globale d'un processus allant vers plus d'égalité, mais doit aussi s'intégrer à la finalisation globale d'un avenir s'orientant vers plus de progrès et de justice d'une restructuration dans laquelle chacun pourra enfin retrouver sa dignité»*. Rien de tout cela chez toi, tu es trop pédagogue et tout entier dédié au réel pour souscrire à cela. En souvenir de nous, et afin d'agrémenter tes soirées au coin du feu en sirotant ton percutant whisky fait maison, nous avons l'avantage de te remettre ce volume dont le sous-titre énonce ceci: *«Encyclopédie souriante et irrévérencieuse de la culture et des lettres françaises, à l'intention des esprits peu chagrins soucieux d'enrichir leurs connaissances, sans pour autant s'ennuyer»*. Je te recommande le chapitre intitulé «Vers ridicules». En effet, il fut un temps entre le 17^{ème} et le 18^{ème} siècle, où toutes sortes de lettrés se piquaient de composer poèmes édifiants et tragédies fugaces, sans forcément se relire, ce qui donne, par exemple (et c'est dans l'Horace de Corneille!) l'alexandrin suivant: *«Je suis romaine, hélas, car mon époux l'est»*. Ou encore, dans *«La mort de Pompée»*: *«Car c'est ne pas régner qu'être deux à régner!»*. Cher Maumau, je te laisse découvrir le reste dans ce «médicament» et nous te souhaitons bon vent!

Hamdaoui Mohamed, PDC: Maumau, qu'est-ce que tu nous fais là! Lorsque j'ai appris ce qui t'était arrivé, j'ai eu mal comme s'il s'agissait d'un frangin. Pour moi, c'était une véritable catastrophe, car à l'époque pas si lointaine où j'étais membre de ton groupe parlementaire et que nous avons nos séances de groupes, je me souviens que non seulement tu maîtrisais à la perfection les dossiers qui t'étaient attribués, mais tu avais cette capacité rare de les synthétiser et de les vulgariser aux nouveaux ou à ceux qui ne connaissaient pas très bien le dossier en question. Je me suis posé la question si c'était uniquement parce que tu es enseignant de formation. Toutefois, je crois que c'est plus fort que cela, tu fais partie de ces élus qui regardent davantage le nombril des autres que le sien. À chaque fois que tu t'exprimes sur un sujet, tu le fais en pensant à l'intérêt collectif, quitte parfois à être un peu en porte-à-faux avec la doxa dominante. Cette faculté de liberté qui fut la tienne me restera, et je ne l'oublierai pas. Je l'oublierai d'autant moins que je vais faire publiquement, mon cher Maurice, une promesse. La promesse que je vais faire est réellement un signe d'amitié, car je crois que je ne l'ai jamais faite de ma vie. Maurice, lorsque dans quelques mois, tu seras pleinement rétabli et surtout aussi la planète sera rétablie, je te fais publiquement la promesse

suivante: Depuis 36 ans que je suis à Bienne, je suis prêt à assister avec toi à un match de hockey sur glace, même si je déteste ce sport. À bientôt, Maumau.

Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO: Tout peut changer si rapidement! Tu démissionnes du Conseil de ville pour de graves problèmes de santé. Ta santé passe en premier, je comprends, mais je ne peux m'empêcher de regretter ta décision. J'ai vraiment apprécié ta façon de gérer la politique au Conseil de ville. Tu as prononcé tes discours avec humour et dirigé ton groupe avec beaucoup de respect. Après les réunions de groupe, nous avons tous les deux échangé nos points de vue autour d'un café et discuté au sujet de l'ordre du jour du Conseil de ville. Nos points de vue étaient presque toujours les mêmes. Ce rituel a été très agréable pour moi. Je te remercie pour ton excellent travail pour le PSR et notre Peuple. Je me réjouis, mon ami et camarade, de prendre à nouveau un café avec toi et de discuter politique biennoise. Le Groupe SP/JUSO te souhaite le meilleur pour ta prochaine opération et pour la période de récupération qui s'en suivra. Surtout, nous te souhaitons un prompt et durable rétablissement.

Roth Myriam, au nom du Groupe Les Verts: Nous allons te regretter. Je me souviens comme j'ai ris en décembre et je t'en remercie. Merci pour ton humour, ta bienveillance, ton écoute et ton engagement. J'espère vraiment que tu vas prendre le temps dont tu as besoin pour t'en remettre, pour prendre soin de toi. Peut-être qu'entre deux lignes d'un roman, tu auras besoin d'un chocolat chaud pour te réconforter. Maurice, tout de bon à toi et merci beaucoup.

Tennenbaum Ruth, Fraktion Einfach libres!: Cher Maurice, quelle histoire! Dimanche encore, j'ai rencontré Madame Gonzalez qui m'a dit que tu avais eu un accident cardiaque. J'ai été vraiment choquée et attristée de savoir que tu souhaitais démissionner du Conseil de ville. Travailler avec une personne comme toi, ce n'est que du plaisir. Il est possible d'échanger et de rire, même si on ne partage pas tout le temps le même avis. Comme on se connaît de longue date, je suis certaine que l'on restera en contact. Je me réjouis déjà du match de hockey avec Maumau et de trinquer à trois. Je te souhaite le meilleur pour toi, ta santé et ta famille. Profite de chaque jour.

Francescutto Luca, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: J'ai appris la nouvelle hier et on a discuté quelques minutes ensemble. Je ne vais pas pleurer à la tribune, mais plutôt t'envoyer toute ma force et ma positivité afin que tout se passe bien, ce dont j'en suis certain. Je voulais te remercier pour ces supers moments que l'on a passés à la Commission scolaire francophone où on a appris à se connaître. Pour moi, tu n'es ni de gauche ni de droite, tu as tes idées et tu es ouvert sur tous les thèmes. J'ai eu énormément de plaisir à te connaître et je te souhaite le meilleur. Merci.

Briechle Dennis, Fraktion GLP+: Nos rapports en tant que chefs de groupes ont été de courte durée. Ils se sont en fait limités à un seul échange. Toutefois, je dois dire que toutes les qualités qui t'ont été attribuées par les autres orateurs et oratrices sont vraies. Je les avais aussi remarquées. Je suis très triste que tu doives nous quitter. Le Groupe PVL+ et moi-même te souhaitons un très bon rétablissement et j'espère à bientôt.

Rebetez Maurice, PSR: Mille mercis pour ces messages qui me vont droit au cœur. Il ne faudrait pas trop insister Myriam, on boira un chocolat ensemble. Momo, j'espère que tu tiennes trois tiers mais je souhaite aussi qu'il y ait des prolongations, ainsi ta pénitence sera assumée jusqu'au bout. Fredy, je me réjouis du café des retraités, comme on l'appelait. Ce rendez-vous du mardi à dix heures était toujours un moment

partagé et agréable. Tous ces rendez-vous, on les prend, évidemment. Je dois tout de même avouer, chers et chères collègues, que c'est avec une certaine émotion, pour ne pas dire une émotion certaine, que je quitte le Conseil de ville en ce début de législature. En principe, cela ne se fait pas, mais c'est un scénario que je n'avais absolument pas prévu et dont je me serais volontiers passé. Toutefois, je me vois bien obligé de le prendre en compte du moment que le calendrier parlementaire et le calendrier santé n'ont pas été en mesure de se coordonner. Ce n'est pas le bon moment pour démissionner, j'en suis conscient, mais comme mon cardiologue me l'a conseillé, il est temps de lever le pied, de se réhabiliter et de se soigner aussi vite que possible, mais aussi lentement que nécessaire. Dans un premier temps, et comme je le souligne dans ma lettre de démission, il serait peut-être utile de revenir sur la question de la suppléance qui avait été évoquée lors des premiers débats concernant le Règlement de la Ville. Avoir la possibilité de faire un break jusqu'à six mois, par exemple, pour retrouver la santé, s'occuper de la famille, par obligation professionnelle est – sous certaines conditions évidemment – une piste intéressante qui mériterait certainement quelques réflexions supplémentaires. Dans un deuxième temps, lorsqu'on quitte une fonction, c'est forcément l'heure des bilans. Rassurez-vous, les bilans sont programmés à la fin de l'année ou de la législature, mais pas en début de législature où il est préférable de se projeter dans l'avenir. Je vais donc vous éviter et vous épargner un bilan. Je préfère largement vous souhaiter une législature riche en décisions pour notre cité, et des débats passionnants et passionnés durant ces quatre prochaines années. C'est du fond du cœur, mais sans trop le solliciter tout de même, car je ne souhaiterais pas qu'il me lâche tout de suite, que je vous adresse milles mercis pour vos soutiens, vos nombreux messages reçus ces derniers temps et aujourd'hui encore que j'apprécie à leur juste valeur. Merci! Bon vent au Conseil municipal et au Conseil de ville! Salut!

28. Dringliches Postulat 20200287, Hamdaoui Mohamed, CVP, «Mangel an (französischsprachigen) Fachärzten: der Gemeinderat muss einschreiten!»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 4)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Hamdaoui Mohamed, PDC: Depuis le moment du dépôt de mon postulat et aujourd'hui, beaucoup d'eau a coulé sous les ponts, de manière positive. En effet, la promesse qu'un nouvel urologue va s'installer sous peu à Bienne vient de tomber. Ce n'est pas encore une solution idéale, mais elle commence un peu à satisfaire la population biennoise, notamment les personnes âgées qui commençaient à se faire de sérieux soucis. En effet, elles se voyaient régulièrement dans l'incapacité à trouver un rendez-vous pour des problèmes de santé relativement graves, sans tenir compte de toutes les incertitudes sanitaires qui existent. J'aimerais publiquement remercier deux de mes collègues députés au Grand Conseil bernois. Il s'agit de deux biennois, Messieurs Moser et Grivel, qui n'ont pas ménagé leurs efforts pour solliciter les services du Département cantonal de la santé afin de trouver une solution. Nous y sommes en partie parvenus. Je tiens aussi à souligner que les élu(e)s francophones du Jura bernois et de Bienne continueront à faire pression pour faire en sorte que les

francophones et l'ensemble des habitantes et habitants de Bienne et du Jura bernois ne soient pas négligé(e)s en cas de problèmes de santé. Pour toutes ces raisons, **je retire mon postulat.**

29. Überparteiliche Motion 20200253, Suter Daniel, PRR, Leuenberger Bernhard, FDP, Gugger Reto, BDP, Schneider Sandra, SVP, «Auswirkungen der Erlasse auf die Finanzen und das Personal der Stadt Biel»

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 5)

Der Gemeinderat beantragt, die Motion erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Suter Daniel, PRR: Notre intervention était déposée suite à la séance d'information du Conseil de ville du mois d'août 2020 concernant le Règlement sur la protection du climat. Vu les mesures à mettre en place par la Ville selon ce règlement, comme l'examen de la compatibilité climatique de chaque projet, la récolte de données sur la quantité de CO₂ émises à Bienne, l'établissement d'un rapport périodique, la constitution d'un comité sur le climat, j'avais alors posé la question des coûts directs liés à ces mesures. Madame Schwickert m'avait répondu: «Aucun problème, nous faisons cela avec les ressources disponibles». Ceci alors qu'en octobre 2020, le Conseil de ville a accepté la création définitive d'un poste dans ce service et qu'une motion était pendante pour la création d'un poste complet supplémentaire. Dans les deux cas, le motif avancé était que la gestion du label «Cité de l'énergie Gold» et du Règlement sur la protection du climat exigeaient ces ressources. Certaines personnes comprendront le côté amusant de la réponse spontanée donnée en août 2020 par les personnes responsables et de la légèreté avec laquelle la question des ressources était abordée. Il ne s'agit pas ici de mettre en cause le principe du Règlement sur la protection du climat que nous approuvons. On parle de la transparence sur les conséquences d'actes législatifs pour les ressources de la Ville de Bienne. Pour d'autres parlements, la question est réglée par une ordonnance administrative contraignante. Notamment au Canton de Berne, les rapports du Conseil Exécutif contiennent systématiquement un chapitre sur les conséquences financières de chaque projet et les répercussions sur le personnel et l'organisation.

Dans sa réponse, le Conseil municipal reconnaît l'utilité d'une telle pratique. Il rappelle que tous les rapports liés à des crédits d'engagement sont structurés de manière cohérente et similaire, avec des chapitres comme «Variantes examinées», «Organisation» ou encore «Conséquences en cas de non-application ou de mise en œuvre retardée». Le Conseil municipal envisage dorénavant d'ajouter dans ses rapports un chapitre spécifique intitulé: «Conséquences pour le personnel et l'organisation communale». Concernant les conséquences sur les ressources financières, il estime toutefois qu'elles sont souvent déjà intégrées dans les rapports à l'attention du Conseil de ville, mais de manière un peu diffuse. On peut y voir encore un clin d'œil amusant de la part de notre Conseil municipal. Les motionnaires remercient tout de même le Conseil municipal d'avoir adopté la motion et nous vous proposons d'en faire autant. Peut-on raisonnablement la considérer comme réalisée par ces quelques remarques du Conseil municipal que je viens de citer, le doute est permis. Mais voilà, on ne se fait pas d'illusions sur le sort du refus de la radiation du

rôle de cette affaire. La question des ressources n'a jamais constitué un souci majeur pour le Conseil de ville, désormais majoritairement de gauche. Nous préférons donc arrêter les frais en acceptant la proposition du Conseil municipal, tout en continuant d'observer avec intérêt sa communication, aussi sibylline soit-elle.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Es ist legitim, bei der Rechtsetzung von Erlassen die Kostenfolgen abzuschätzen. Schliesslich muss sichergestellt werden, dass der Beschluss auch finanzierbar ist. Gewisse Grundsatzerlasse führen aber zu nachfolgenden Einzelmassnahmen. Bei den einzelnen Projekten sind Parlament oder Volk jederzeit frei, Nein zu sagen. Dies kann dazu führen, dass einzelne Projekte eines kohärenten Gesamtkonzepts nicht umgesetzt werden können. Dieses Risiko besteht immer, insbesondere im Verkehrsbereich. Deshalb kann die Höhe der Kosten nicht abschliessend vorhergesagt, sondern nur geschätzt werden. Die Kostenfolge von Erlassen ist bei der Schaffung von Stellen leichter bezifferbar als wenn es beispielsweise um Infrastrukturprojekte geht. Der Gemeinderat legt die Kostenschätzung in seinen Berichten an den Stadtrat jeweils vor. Herr Suter, ich finde es schwierig, auf Zitate ehemaliger Gemeinderatsmitglieder einzugehen. Sie führen die erwähnte Äusserung als Beispiel für angeblich unseriöse Auskünfte des Gemeinderats an. Die damalige Baudirektorin sagte Ihnen angeblich, das Klimareglement könne mit den bestehenden Ressourcen umgesetzt werden. Zwei Monate später wurde jedoch eine definitive Stelle geschaffen. Dies ist kein Widerspruch. Bevor eine Stelle definitiv geschaffen wird, existiert sie zwei Jahre lang provisorisch. Diese Stelle hat es also bereits gegeben. Eine Aufstockung des Budgets war also nicht notwendig. Die zweite von Ihnen erwähnte Stelle zur Biodiversität war budgetiert. Biodiversität ist wichtig und nicht Teil des Klimareglements. Ohne die damalige Baudirektorin zu fragen, kann ich Ihnen sagen, dass Ihre Ausführungen leicht tendenziös sind. Die damals erhaltenen Auskünfte des Gemeinderats sind korrekt.

Suter Daniel, PRR: Monsieur le Maire, le fait est que la mise en œuvre du Règlement sur la protection du climat a provoqué une augmentation des postes au Service de l'environnement de la Ville de Bienne. Le fait est que le rapport du Conseil municipal sur ce règlement ne mentionne rien sur les coûts directs causés par cette mise en œuvre. Les coûts subséquents qui sont liés aux efforts d'investissements nécessaires pour réaliser les objectifs de ce règlement sont des crédits d'engagement séparés qui entrent dans la planification des investissements de la Ville. Il y a aussi la transparence des coûts. On ne peut pas contrer le fait que la création de ces postes n'est pas mentionnée dans ce rapport. Ce que le Canton règle, et ce que je trouve qu'il est nécessaire de régler aussi en Ville de Bienne, c'est que la création des postes nécessaires subséquents à un nouvel acte législatif devrait être inscrite dans le rapport au Conseil de ville de manière transparente. Il m'a semblé que la réponse du Conseil municipal donne une indication dans ce sens, mais pas de manière claire. Je suis prêt à adopter cette motion et à la radier du rôle. En ce sens, Monsieur le Maire a manifestement encore une fois mal compris cette intervention, et je trouve cela préoccupant.

Fehr Erich, maire: Je n'ai pas mal compris l'intervention. Avec le Conseil municipal, je suis d'accord que la création de postes supplémentaires soit inscrite dans un rapport, du moment qu'elle est connue. Par contre, le poste de Déléguée à l'environnement, existant depuis des années, a été complété par une deuxième personne, il y a trois ans environ, afin d'obtenir le label «Cité de l'énergie Gold» mandaté par le Conseil de ville.

C'est ce poste-là qui existait déjà dont il est question. C'est pour cela que la présentation de l'affaire était correcte à nos yeux.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

30. Postulat 20200188, Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO, «Freier Zugang zu "Ladys Cup"»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 6)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO: Was haben Schottland und Tavannes gemeinsam? Beide geben kostenlos Hygieneprodukte an die weibliche Bevölkerung ab. Das Modell Schottland machte rund um den Globus Schlagzeilen. Tavannes hat es immerhin in das Schweizer Fernsehen geschafft. Im Ausgang oder in der Schule werden wir Frauen vom Einsetzen der Monatsblutung überrascht. Oft sind die Geschäfte geschlossen und die Kollegin hat auch nichts dabei. Wie schön wäre es, wenn Frau in Biel beispielsweise eine nette Toilette aufsuchen und sich versorgen könnte. Details zu dem, was den Bielerinnen nach der ablehnenden Antwort des Gemeinderats zu tun bleibt, erspare ich Ihnen. Im schlimmsten Fall bleibt nichts Anderes übrig, als nach Hause zu gehen. Für die Herren der Schöpfung mag dies schwer verständlich sein, für die Betroffenen ist es unangenehm. Es stimmt, dass in Zeiten des Lockdowns sowieso niemand in den Ausgang geht und die netten Toiletten geschlossen sind. Es kommen aber hoffentlich wieder andere Zeiten. Zudem erhalten Frauen die gleichen Sozialhilfebeträge wie Männer, müssen aber zusätzlich noch ihre Hygieneprodukte bezahlen. Die Artikel unterliegen ausserdem einem höheren Mehrwertsteuersatz als andere Nonfood-Produkte. Auf nationaler Ebene wurde der Mehrwertsteuersatz auf den Hygieneartikeln bereits thematisiert. Im vorliegenden Vorstoss geht es darum, einen Schritt in die Zukunft zu machen. Die Stadt Biel würde damit auch positive Publicity für die Sache der Frauen erhalten. Was eine gestandene und selbstbewusste Frau einigermaßen würdevoll durch den Tag oder Abend bringt, ist für eine junge Frau schlimm. Der Gemeinderat könnte deshalb vorerst in den Schulen beginnen. Es ist allen klar, dass damit kein Präjudiz geschaffen würde. Schliesslich steht WC-Papier auch allen zur Verfügung. Jugendliche in der Schule können fies sein. Für Mädchen ist es nicht lustig, mit durchgebluteten Kleidern in der Schule zu bleiben. Es gehört auch nicht zu den Aufgaben der Lehrperson, für die Hygieneartikel besorgt zu sein. Ausserdem ist es für junge Frauen peinlich, den männlichen Lehrer zu fragen. Im vorliegenden Vorstoss geht es nicht in erster Linie um die Menstruationstasse. Diese ist nur ein ökologisches Mittel, um beispielsweise die schwer abbaubaren Tampons zu vermeiden. Der Gemeinderat hätte sich in Tavannes kundig machen können. Die Gemeindeverwaltung hat dort von einem lokalen Unternehmen Dispenser herstellen lassen, welche in den Schulen montiert wurden. Der Gemeinderat begnügt sich damit, sich für einen tieferen Mehrwertsteuersatz einzusetzen. Biel braucht noch ein wenig Entwicklungsarbeit, Tavannes hingegen hat es bereits geschafft. In der Zwischenzeit sind auch in vielen anderen Schweizer Städten Vorstösse zu diesem Thema hängig. Ich wünschte mir, Biel wäre als leuchtendes Beispiel vorangegangen. Schade um die verpasste Gelegenheit. Die

Fraktion SP/JUSO **beantragt**, das Postulat erheblich zu erklären aber **nicht abzuschreiben**.

Tonon Ariane, au nom du Groupe Les Verts: Parler des règles, et les rendre visibles, est une nécessité absolue si on veut contribuer à briser le tabou et la gêne qui entourent malheureusement encore cette donnée purement biologique. Le Groupe Les Verts est tout à fait d'accord avec l'esprit du postulat qui demande la mise à disposition de coupes menstruelles dans les lieux publics. Toutefois, nous souhaiterions que le sujet de l'hygiène menstruelle soit abordé de manière beaucoup plus globale. Notre groupe se contentera d'attirer l'attention sur deux points:

1. L'accès aux protections menstruelles doit aller au-delà de la coupelle dont l'usage, s'il est écologique et économique, n'est pas toujours aisé notamment dans les lieux publics, et il ne convient pas non plus à toutes les femmes. L'accès aux protections menstruelles doit être considéré en intégrant les autres moyens existants qui peuvent être déposés dans les lieux publics (toilettes), tout comme d'autres articles d'hygiène comme le savon, les essuie-mains ou le papier toilette déjà mis à disposition gratuitement par la Ville.
2. La précarité menstruelle: lorsqu'on parle de rendre publique les questions d'hygiène menstruelle, il faut tenir compte du fait que de nombreuses jeunes femmes, notamment les écolières, n'ont pas accès aux protections menstruelles pour diverses raisons liées au tabou, à la gêne, à la honte, à l'éducation, mais aussi et très souvent au manque de moyens économiques, peu importe d'où vient ce manque économique. Je ne suis pas là pour vous faire un cours de sociologie sur les articulations entre les différents empêchements qui peuvent mener à ce genre de situation. Par contre, je vous mentionne des résultats de recherches qui ont été menées en Suisse, notamment dans le Canton de Vaud qui a mis en évidence cette précarité menstruelle et mis en place les dispositifs de santé sexuelle pour les jeunes filles dans les écoles du cycle I. Il s'agit d'expériences pilotes dont on connaîtra les résultats cet été. Ces écolières, qui manquent de moyens pour accéder à une hygiène sexuelle correcte, renoncent à fréquenter l'école pendant les quelques jours où elles ont leurs menstruations. Ceci n'est pas tolérable en terme d'égalité, c'est une évidence.

De notre point de vue, il s'agit donc d'agir dans les écoles où règne la précarité et d'accompagner les jeunes filles dans leur santé sexuelle dans des contextes plus large que celui cité, comme l'InfoQuartier. Il faudrait avant tout observer les expériences qui sont actuellement en cours et s'en inspirer pour proposer un projet global en lien avec cette question. Par conséquent, le Groupe Les Verts est d'accord avec la proposition du Conseil municipal, mais nous nous réservons la possibilité de revenir sur ce sujet sous peu.

Schneider Veronika, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Der Text des vorliegenden Postulats erntet bei mir Kopfschütteln. Es ist nicht Aufgabe der Stadtverwaltung, Hygieneartikel für Frauen kostenlos zur Verfügung zu stellen. Hygieneartikel, insbesondere der «Ladys Cup» sind keine Luxusgüter und für jede Frau erschwinglich. Sie kosten zwischen CHF 8 und CHF 14 und sind über Monate hinweg wiederverwendbar. Hingegen ist eine Senkung des Mehrwertsteuersatzes für Hygieneartikel sinnvoll. Darüber debattiert das eidgenössische Parlament. Was kommt nach der Forderung zum freien Zugang zu den «Ladys Cup»? Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen wird dem Gemeinderat folgen.

Rindlisbacher Hugo, Die Eidgenossen: Ich habe mit meinen vier Töchtern über die Forderung des vorliegenden Postulats diskutiert. Warum sollte die «Ladys Cup» gratis abgegeben werden, während die anderen Hygieneartikel bezahlt werden müssen? Ich bin zum Schluss gekommen, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Was die Monatsblutung für eine Frau bedeutet, kann ich nicht beurteilen. Äusserungen dazu wären meinerseits unangemessen. Der Vorstoss wurde der Präsidialdirektion zugewiesen, weil sich der Gemeinderat nicht einig war, welche Direktion dafür zuständig sein soll. Seitens der Bildungs- und Kulturdirektion (BSK) kam das klare Signal, dass das nicht Aufgabe der Schulen sei und diese schon jetzt vielen Forderungen und Aufgaben gerecht werden müssen. Ebenfalls abgelehnt wurde die Aufgabenwahrnehmung seitens der «QuartierInfos» und im Rahmen der öffentlichen Toiletten. Dazu kommt, dass im Kanton Bern der Gesundheitsbereich so stark kantonalisiert ist wie nirgendwo sonst in der Schweiz. So fehlen Anknüpfungspunkte im Gesundheitsbereich und es fehlen auf Gemeindeebene Fachstellen für dieses Thema. Würden sich die Rahmenbedingungen ändern, würde auch der Gemeinderat eine Neuurteilung vornehmen. In der Tat fehlt aber eine Verteilungsstruktur. Ist es in erster Linie ein Bedürfnis während des Tages? Dann wäre ein Angebot in den Schulen durchaus sinnvoll. Nachts im Ausgang müssten jedoch andere Ausgabestellen bereitstehen. Der Gemeinderat hat zudem auch grundsätzlich darüber diskutiert, ob die kostenlose Bereitstellung von Hygieneartikeln eine kommunale Aufgabe ist. Die Meinungen dazu waren geteilt. Zusammengefasst fehlt der Stadtverwaltung sowohl die Grundlage als auch eine «Vertriebsstruktur» und somit auch die Möglichkeit zur Umsetzung des Anliegens. Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag des Gemeinderats und seinen Schlussfolgerungen zu folgen.

Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO: Für den Gemeinderat gehört das Anliegen des Vorstosses in den Bereich des Gesundheitswesens. Aber Herr Stadtpräsident, es geht nicht um eine Krankheit, sondern um einen natürlichen Prozess, der Frauen Mehrausgaben verursacht. Diese ständigen Ausgaben können gerade beispielsweise für sozialhilfebeziehende Frauen einschneidend sein. Ich hoffe, dass das Thema mit der neuen Frauenmehrheit im Gemeinderat nunmehr angemessen behandelt und nicht wie eine heisse Kartoffel herumgereicht wird. Die beherzte Schulsozialarbeiterin, die das Anliegen in Tavannes umgesetzt hat, wäre sicher gerne bereit, den Gemeinderat bei diesem Projekt zu unterstützen. Lustigerweise lief sie mit ihrem Ansinnen beim Gemeindepräsident von Tavannes offene Türen ein und konnte es rasch umsetzen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Umsetzung so schwierig ist, es braucht keine grossen Fachkenntnisse dazu. Für mich klingt die Argumentation des Gemeinderats nach Ausreden, um das Postulat loszuwerden. Es gibt viele Möglichkeiten, den Vorstoss umzusetzen. Ich zähle auf die Frauensolidarität und hoffe, dass das Postulat erheblich erklärt, aber nicht abgeschrieben wird.

Abstimmung

- über den Antrag der Postulantin, das Postulat nicht abzuschreiben.

Der Antrag wird angenommen.

Das Postulat wird somit erheblich erklärt, aber nicht abgeschrieben.

31. Überparteiliches Postulat 20200193, Sprenger Titus, Passerelle, Bohnenblust Peter, FDP, «Überprüfung des Reglements über ausserordentliche Lagen»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 7)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären.

Sprenger Titus, Passerelle: Die Urhebenden freut es, dass der Gemeinderat eine Prüfung des Reglements über ausserordentliche Lagen (SGR 5.2-1) als notwendig erachtet. Wir weisen darauf hin, dass wir im Gegensatz zum Gemeinderat nicht von einer ersten Welle gesprochen haben; vielmehr geht es allgemein um die jüngsten Erfahrungen mit dem Reglement im Zusammenhang mit der Pandemie. Dieser Vorstoss wurde so früh eingereicht, weil eine frühzeitige Auftragserteilung an den Gemeinderat wichtig wäre. So kann er seine Erfahrungen festhalten, während sie noch frisch sind. Eine Einreichung des Vorstosses erst in zwei Jahren hätte zur Folge gehabt, dass es dem Gemeinderat schwerer fallen würde, sich an die heutige äusserst volatile Situation zu erinnern. Wer von uns erinnert sich beispielsweise heute noch an die Personenobergrenze im öffentlichen Raum vor drei oder sechs Monaten? Die Urhebenden halten an der allgemeinen, nicht auf einen bestimmten Zeitraum bezogenen Formulierung fest. Dies nicht zuletzt deshalb, weil die vom Gemeinderat erwähnte Zeitspanne nicht eindeutig ist. Wir möchten verhindern, dass innerhalb von kurzer Zeit und bei jeder Welle Reglementsanpassungen vorgenommen werden müssen. Es reicht, wenn Bund und Kanton ihre Vorgaben in hoher Frequenz und mit kurzen Fristen anpassen. Diese ständigen Änderungen auf höherer politischer Ebene sind ein weiterer Grund, weshalb die Berücksichtigung der sogenannten ersten Welle wenig Sinn macht. Es ist noch zuviel im Fluss, als dass sich der Anpassungsbedarf unter Berücksichtigung der übergeordneten Gesetzgebung verlässlich abschätzen lässt. Schliesslich spielt der Faktor Zeit eine wichtige Rolle. Die sogenannte erste Welle vermochte Gesundheitswesen, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur noch zu ertragen. Je länger die Pandemie jedoch dauert, umso unerträglicher und vielleicht unberechenbarer wird die Situation für alle. Die Postulanten anerkennen, dass angesichts des unbekannten Verlaufs der Pandemie heute nicht klar ist, innert welcher Frist das Postulat erfüllt werden kann. Die Geschäftsordnung des Stadtrats (GO SR; SGR 1.5.1-1) sieht als Mindestfrist vor, dass der Vorstoss so rasch als möglich erfüllt werden muss, spätestens jedoch innerhalb von zwei Jahren nach Erheblicherklärung. Mit Blick auf die Mindestfrist erwarten wir grundsätzlich keinen Bericht vor Beendigung der sogenannten besonderen Lage durch den Bundesrat. Bestünde ein akuter Handlungsbedarf, hätte der Gemeinderat dem Stadtrat ohnehin einen entsprechenden Bericht unterbreitet. Ob die besondere Lage in zwei Jahren zu Ende ist, kann heute nicht abgeschätzt werden. Die Postulanten bitten den Gemeinderat, die maximale Beantwortungsfrist zu nutzen und möglichst viele Erfahrungen zu berücksichtigen, um allfälligen Handlungsbedarf ableiten zu können. Sollte der Gemeinderat früher und bei jeder Welle Anpassungsbedarf geltend machen, erwarten wir von ihm auch entsprechend gestaffelte Berichte, auch wenn das eher unüblich wäre. In jedem Fall möchten wir nicht nach einer ersten Berichterstattung erneut einen Vorstoss für danach einreichen müssen. Ich bitte Sie, den vorliegenden Vorstoss erheblich zu erklären.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Ich danke für die ergänzenden Ausführungen. Gemeinderat und Pandemiestab geht es ebenfalls darum, eine Gesamtauswertung vorzunehmen. Der Gemeinderat weist in seiner Beantwortung

lediglich darauf hin, dass er nach der «ersten Welle» (wie auch immer diese definiert ist) bereits einen Bericht in Auftrag gegeben hat. Dieser soll keinesfalls abschliessend sein. Nach den ersten Erfahrungen in der ersten Welle werden in der Folgezeit vielfach nur noch repetitive Erfahrungen gemacht und neue Erkenntnisse nehmen ab. Die erste Welle ist somit sehr wichtig. Der Bericht wurde mit dem Ziel in Auftrag gegeben, Pandemiestab und Gemeinderat zu ermöglichen, sofort und praxisbezogen reagieren zu können. Einen grossen Entscheidungsspielraum haben aber weder Pandemiestab noch Gemeinderat. Vielmehr geht es um die Umsetzung der von Kanton und Bund vorgegebenen Rahmenbedingungen.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

32. Dringliches Postulat 20200309, Francescutto Luca, Fraktion SVP/Die Eidgenossen «Solidarischer Gemeinderat»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 8)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Francescutto Luca, au nom du Groupe UCD/Les Confédérés: Les commerces biennois vivent des jours difficiles. Les raisons sont diverses et les analyses des solutions divergent selon les camps politiques. Une solution est néanmoins plébiscitée par toutes et tous, à savoir que les commerces biennois attirent plus de clients ou arrivent au moins à conserver leur clientèle actuelle. Par leur exposition médiatique et leur notoriété, les membres du Conseil municipal sont un point de repère pour les autres consommateurs. Leur engagement en faveur du commerce local, par une action concrète en tant qu'individu, donnera un message d'exemplarité qui ne peut être que bénéfique pour une consommation de produits et de services des commerces biennois. Certaines communes suisses l'ont bien compris et ont pris des mesures dans ce sens. Citons l'Exécutif de la ville de Porrentruy qui montre l'exemple en s'astreignant à faire les courses dans les magasins locaux. Plus précisément, chaque membre de l'Exécutif de Porrentruy reçoit un de ses salaires mensuels en bons d'achat utilisables dans les commerces locaux. Or, en lisant la réponse du Conseil municipal, je constate que mon projet est inadmissible. Ce terme est fort, mais cela m'est bien égal car, comme souvent, toutes les idées qui sortent des schémas classiques sont mal perçues. Je constate surtout que lors de crises majeures, nous ne sommes pas du tout flexibles, mais égoïstes – aussi, et surtout, quand cela ne nous touche pas. Avec ce projet, les membres du Conseil municipal auraient pu, à la réouverture des restaurants, se rendre dans différents établissements et y déguster les menus du jour. En plus de rendre service, ils auraient pu en profiter pour s'immiscer dans la vie des commerçants qui ont souffert de la fermeture de leur établissement. Hélas, ils proposent d'adopter le postulat et de le radier du rôle. Pourtant, j'ai bon espoir que certains membres du Conseil de ville adoptent ce postulat. **Le Groupe UDC/Les Confédérés vous propose de ne pas radier du rôle le postulat.**

Rüber Stefan, Fraktion Grüne: Das vorliegende Postulat fordert, dass die Gemeinderatsmitglieder im Jahr 2021 einen Anteil ihres Lohnes von CHF 5'000 in Form von Gutscheinen beziehen, welche in Bieler Geschäften eingelöst werden können.

Persönlich reizt mich diese Idee, denn sie geht in Richtung eines lokalen Währungssystems, und dafür könnte ich mich begeistern. Ich vermute jedoch, dass dies nicht der Grundgedanke der Forderung war. Eigentlich geht es vor allem darum, dass die Gemeinderatsmitglieder in den gegenwärtigen schwierigen Zeiten Farbe bekennen zu ihrer Stadt und mit gutem Beispiel vorangehen. Offensichtlich ist dies gemäss den Ausführungen des Gemeinderats nicht möglich. Ich finde den Verweis auf mögliche weitere Forderungen nach zweckgebundenen Lohnauszahlungen an den Haaren herbeigezogen. Davon ist hier nicht die Rede. Die Fraktion Grüne hat aber vor allem das Solidaritätsverständnis des vorliegenden Postulats diskutiert. Die geforderte Geste mag etwas bewirken, indem sie andere dazu anhält, sich ebenfalls solidarisch zu verhalten. Die grosse Mehrheit der Fraktion Grüne glaubt aber nicht, dass dies wirklich funktioniert. Es gibt bereits grosse Solidarität in der Gesellschaft. Eine Lohnauszahlung in Form von Gutscheinen wird diese Solidarität kaum weiter anfeuern. Wenn wir schon über Solidarität und grosse Einkommen nachdenken, dann eher darüber, wie der Stadtrat die heute wohl solidarischste Institution stärken und nicht weiter schwächen kann. Ich rede von der Bereitstellung öffentlicher Mittel mittels progressivem Steuersystem. Dadurch können sich alle Personen mit einem überdurchschnittlich hohen Verdienst solidarisch an der Gemeinschaft beteiligen. Natürlich erwarten wir von unseren Gemeinderatsmitgliedern solidarisches Verhalten und einen sinnvollen Konsum. Die Grünen überlassen die Entscheidung darüber aber gerne den Exekutivmitgliedern. Nach langer kontroverser Diskussion folgt die Fraktion schlussendlich dem Gemeinderat.

Stolz Joseline, au nom du Groupe PSR: Le Groupe PSR s'est beaucoup interrogé sur le postulat de Monsieur Francescutto. En lisant le libellé, nous nous attendions à tout autre chose que de défalquer un montant conséquent aux salaires des membres du Conseil municipal. Nous avons une définition autre de la solidarité qui consiste, selon nous, en un soutien fait spontanément et généreusement, dans un esprit solidaire par la personne. Chaque personne peut donner, contribuer, offrir, soutenir selon son bon vouloir et sa propre envie auprès des commerçants et artisans de leur propre choix. Toutefois, nous sommes persuadés que les membres du Conseil municipal soutiennent activement les petits commerces locaux, et certainement à un montant plus haut que celui proposé par ce postulat. J'espère que toutes les personnes assises dans cette salle contribuent largement à la vie locale.

Une autre question nous a taraudés: pourquoi faire cette demande uniquement aux membres du Conseil municipal et non pas aux membres du Conseil de ville, aux employé(e)s de l'Administration, aux industriels, à la Police, aux architectes et j'en passe? À notre avis, cela concerne tout le monde, et ce postulat est la révélation d'une réelle inégalité de traitement que nous ne pouvons pas accepter. Ce postulat a toutefois l'avantage de sensibiliser à l'importance de la vraie solidarité dans cette période si particulière. Plus que jamais, le commerce local a besoin de nous. Le Groupe PSR vous prie de suivre la proposition du Conseil municipal tout en restant solidaire.

Loderer Benedikt, Fraktion Grüne: Der Stadtrat verordnet dem Gemeinderat Solidarität. Eigentlich wäre es die Aufgabe des Gemeinderats, sich von sich aus solidarisch zu zeigen. Ich schlage Ihnen deshalb vor, richtig solidarisch zu sein und die Sitzungsgelder des Stadtrats ebenfalls in Gutscheinen zu beziehen. Verordnete Solidarität hingegen ist komisch...

Augsburger-Brom Dana, Fraktion Einfach libres!: Ich sehe das so wie mein Vorredner. Solidarität sollte freiwillig sein. Ich zweifle nicht daran, dass der Postulant sein Anliegen als Idee zur Freiwilligkeit verstanden hat. Stattdessen sucht der Gemeinderat gesetzliche und reglementarische Hindernisse und vergleicht sich mit anderen Städten und Gemeinden.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Vieles wurde bereits gesagt. Wenn Frau Augsburger-Broms Interpretation des Vorstosses (Anregung zur Freiwilligkeit) zutrifft, könnte diese so gehandhabt werden oder nicht. Herr Francescutto's Erklärung, dass der Gemeinderat sich unsolidarisch verhält, ohne dass er die Konsumgewohnheiten der einzelnen Gemeinderatsmitglieder kennt, deutet jedoch darauf hin, dass es ihm nicht um eine blosser Anregung ging, sondern um Zwang. Gutscheine für Mitarbeitende gibt es als zusätzlichen Bonus und Anerkennung für ausserordentliche Leistungen. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass der vereinbarte Lohn vollumfänglich in Geld auszuzahlen ist, über welches frei verfügt werden kann. Was für die Mitarbeitenden gilt, ist auch für den Gemeinderat angebracht. Der Gemeinderat ist in der Covidkrise sehr aktiv und hat auf verschiedenen Ebenen für EinwohnerInnen, Kultur und Gewerbe in Biel sehr viel unternommen. Sein Spielraum ist aber bescheiden und die Vorlaufzeit meist kurz. Der Gemeinderat hat dem Stadtrat bereits die Solidaritätsbons vorgeschlagen. Im Bereich der Geschäftsmieten ist er ebenfalls aktiv. Im Kulturbereich hat er sämtliche Subventionen sichergestellt. Die Mieten für die städtischen Liegenschaften wurden gestundet. Jetzt dem Gemeinderat unsolidarisches Handeln vorzuwerfen, nur weil er den vorliegenden Vorstoss nicht umsetzen will, ist nicht korrekt. Der Gemeinderat - und da spreche ich nicht nur für mich - kauft sehr viel lokal ein und bezieht lokale Leistungen. Ich beispielsweise hole momentan täglich im Restaurant, das jetzt geschlossen hat, mein Mittagessen ab. Ich unterstütze das lokale Gewerbe gerne, ohne dass mir dies Herr Francescutto vorschreibt.

Francescutto Luca, au nom du Groupe UCD/Les Confédérés: Monsieur le Maire, excusez-moi, mais vous vous êtes égaré ou vous ne m'avez pas compris. Je ne vous ai pas demandé de faire de la publicité pour ce que la Ville a mis en place pour soutenir les commerçants, mais de faire un effort en tant que personne!

Abstimmung

- über den Antrag der Fraktion SVP/Die Eidgenossen, das Postulat nicht abzuschreiben.

Der Antrag wird abgelehnt. Das Postulat wird erheblich erklärt und als erfüllt abgeschrieben.

- 33. Dringliches überparteiliches Postulat 20200310, Pittet Natasha, PRR, Rebetez Maurice, PSR, Augsburger-Brom Dana, SP, Scheuss Urs, Grüne, Tanner Anna, SP, «Leistungsvertrag mit dem Verein für eine Sammlung literarischer Studien (ACEL)»**

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 9)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Pittet Natasha, PRR: La grande majorité des intervenants n'est pas du tout satisfaite de la réponse du Conseil municipal. Il refuse d'entrer en matière pour élaborer un contrat de prestations avec l'Association pour une collection d'études littéraires (ACEL) en argumentant que toutes les institutions qui bénéficient d'un tel contrat suivent un même calendrier et que la période actuelle est 2020-2023. Premièrement, cela ne fait que deux cycles que tous ces contrats sont alignés sur le même calendrier, et rien ne nous empêche de faire une exception si cela est nécessaire. Deuxièmement, la réponse dit que l'ACEL n'a pas déposé de demande avant le début de cette période. Cela n'est pas correct car elle a déposé une demande en 2019, après avoir reçu une réponse du Canton en 2018 qui affirmait soutenir cette institution si la Ville en faisait de même. Le Conseil municipal précise aussi que tous les contrats de prestations sont attribués à des organisations qui prévoient de proposer des manifestations publiques. Or, ce n'est pas exact! La Bibliothèque, par exemple, n'est pas une institution qui organise en premier lieu des manifestations. Effectivement, certaines manifestations se déroulent à la Bibliothèque, mais sa tâche première est de prêter des livres et de mettre à disposition de films et de CD. Cet argument n'est donc pas recevable. Les intervenants demandent au Conseil municipal de répondre au postulat en prenant en compte les éléments que je viens de mentionner. Le Conseil municipal est prié d'étudier la demande de l'ACEL avant la prochaine période 2024-2027. Nous aimerions une réponse qui explique de manière circonstanciée si cela est possible ou non. En conclusion, **les intervenants demandent de ne pas radier du rôle ce postulat**, car il n'est pas considéré comme réalisé.

Rindlisbacher Hugo, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen hat den vorliegenden Vorstoss diskutiert und teilt die Meinung des Gemeinderats. Seine Argumente sind überzeugend. Die Leistungsverträge mit den Kulturinstitutionen werden alle vier Jahre nach erfolgter Ausschreibung vergeben. Dieses Jahr ist der Beginn dieser Periode und das Anmeldeverfahren für die Ausschreibungen. Die Argumentation des Gemeinderats, wonach eine jetzige Gutsprache dieses Betrags weitere Forderungen nach sich ziehen würde, ist nachvollziehbar. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen folgt dem Antrag des Gemeinderats, das Postulat erheblich zu erklären und abzuschreiben.

Scheuss Urs, Fraktion Grüne: Die Fraktion Grüne hat das Postulat intensiv diskutiert und wird dem Antrag der Urhebenden folgen, den Vorstoss nicht abzuschreiben. Die Argumentation des Gemeinderats ist etwas widersprüchlich. Er schreibt, dass er seine Förderungsstrategie ergänzt hat. Warum wartet er dann mit der Umsetzung? Es ist nicht nachvollziehbar, wieso der Gemeinderat sich dagegen wehrt. Die Fraktion Grüne befürchtet, dass mit einer Unterstützung ausserhalb der Leistungsperiode im ordentlichen Verfahren für andere Beiträge zu wenig Geld vorhanden ist. Klar ist, dass dies ein zusätzlicher Beitrag sein muss, der nicht auf Kosten anderer Institutionen geht.

Gonzalez Bassi Glenda, Directrice de la formation, de la culture et du sport: Je vous remercie de rendre visible le travail des éditions ACEL, petite maison d'édition francophone biennoise. C'est rare de mettre en lumière une si petite entreprise, francophone de surcroît. Madame Pittet dit que la réponse ne vous satisfait pas pour différentes raisons. Tout d'abord, il s'agit des procédures d'attribution. Vous savez que, pour bénéficier d'un soutien financier dans le domaine de la culture, il y a des

procédures relativement strictes qui visent non pas à embêter les différents acteurs culturels, mais plutôt à garantir une équité dans l'attribution des soutiens financiers. Je pense que vous vous insurgeriez tous et toutes contre l'idée que les attributions se fassent de gré à gré. Afin d'avoir un soutien financier de la Ville, il faut respecter une procédure calquée sur un calendrier afin de permettre une meilleure gestion des soutiens financiers. Pour cette raison, les calendriers ainsi que les dates de dépôt des requêtes sont communiqués. Toutefois, le Service de la culture a souhaité renforcer le soutien à la culture hors de ce calendrier. C'est pourquoi un soutien nommé «Encouragement à la culture pour des acteurs locaux» a été établi. Ces requêtes peuvent faire l'objet de demandes en tout temps durant l'année courante. Les éditions ACEL l'ont fait l'année dernière, à trois reprises, et elles ont eu une réponse favorable à chaque fois. Il est vrai que depuis que la réponse du Conseil municipal a été rédigée, une demande subsidiaire a été honorée par un versement de 1'000 fr. supplémentaire. À ce titre, je trouve que votre insatisfaction devrait être relative. En effet, on peut voir que le Service de la culture a fait en sorte de répondre aux besoins des éditions ACEL. Un autre point qui pose problème en termes d'équité est qu'il existe plusieurs maisons d'édition à Bienne. De ce fait, établir un contrat de prestations avec les éditions ACEL les fait entrer dans le budget en tant que nouvelle institution, ce qui signifierait une charge supplémentaire pour le budget. Cela signifierait aussi que toutes les maisons d'éditions pourraient prétendre à un tel contrat, alors qu'actuellement aucune de ces institutions ne bénéficient de soutien financier. C'est pour ces raisons que le Service de la culture et la Direction de la formation, de la culture et du sport encouragent le soutien à la culture par des aides ponctuelles, mais non pas par un contrat de prestations. Vous faites référence à la Bibliothèque de la Ville qui est une institution particulière, étant donnée qu'elle est à portée régionale et au bénéfice d'un contrat de prestations particulier, lui aussi calqué sur une période de calendrier de quatre ans. Là aussi, il n'est pas possible d'entrer en matière pour obtenir un soutien financier hors de ces périodes. Pour la prochaine période, il est tout à fait possible qu'ACEL prétende à un soutien financier qui s'inscrit dans la logique des contrats de prestations. Il faudra alors qu'elle fasse une requête dans le courant du printemps pour obtenir un contrat de prestations qui porterait sur la période 2024-2027. Donc, la réponse dans ce sens est plutôt positive. Il y a évidemment aucune garantie d'obtenir un contrat de prestations. Je crois que j'ai aussi répondu aux interrogations de Monsieur Scheuss. La difficulté de ces contrats de prestations est que d'un côté, l'envie est là, mais d'un autre côté, nous avons la contrainte financière. Je vous demande de suivre la proposition du Conseil municipal.

Pittet Natasha, PRR: Je voudrais juste vous répondre qu'il y a une différence entre les 1'000 fr. que n'importe quelle institution culturelle peut demander pour un projet et ces mêmes 1'000 fr. qu'une institution, au bénéfice d'un contrat de prestations, peut aussi demander. Je le sais, car «La Lanterne magique», où je travaille également, a pu bénéficier de cette prestation pour le jubilé de ses 20 ans. Par ce postulat, nous avons justement dit que nous ne souhaitons pas une aide ponctuelle pour un projet, mais bien un contrat de prestations afin de permettre à cette maison d'édition de payer son loyer sans qu'il doive être financé par le Président de cette association, comme cela est actuellement le cas. Je sais que beaucoup de personnes bénévoles œuvrent pour la culture, mais cette institution a un besoin de stock et donc d'un local. Je ne suis toujours pas satisfaite et je demande au Conseil de ville de ne pas radier du rôle ce postulat.

Gonzalez Bassi Glenda, Directrice de la formation, de la culture et du sport: Comme vous le dites, Madame Pittet, la maison d'édition ACEL a aussi bien une vocation culturelle que commerciale. Une demande pour obtenir un contrat de prestation seulement pour payer un loyer commercial constitue une difficulté pour nous. De manière générale, dans le cadre des contrats de prestations, il y a toujours des associations qui proposent des activités en faveur de la population.

Abstimmung

- über den Antrag der Urhebenden, das Postulat nicht abzuschreiben

Der Antrag wird abgelehnt. Das Postulat wird somit erheblich erklärt und als erfüllt abgeschrieben.

34. Motion 20200223, Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Demokratische Rechte respektieren: Keine Geschäfte mehr traktandieren, solange Einsprache- und Beschwerdeverfahren noch nicht abgeschlossen sind!»

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 10)

Der Gemeinderat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, dieses erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben

Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Zwei Geschäfte, bei welchen ich mich als Einsprecherin engagiert hatte, wurden trotz hängiger Einspracheverfahren im Stadtrat traktandiert und behandelt. Dieses Vorgehen löste bei mir grosses Unverständnis aus. Aus meiner Sicht werden somit die Argumente der Einsprechenden zu wenig beachtet und vielleicht sogar in ihrer Bedeutung geschmälert. Im Stadtrat über ein Geschäft zu diskutieren bevor klar ist, ob das Projekt überhaupt ausgeführt werden kann, ist paradox. Schliesslich ist eine Verzögerung oder sogar Verunmöglichung eines Projektes durch eine Einsprache immer möglich. Der Beantwortung des Gemeinderats entnehme ich, dass die Problematik andernorts geprüft werden muss. Mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat und dessen Abschreibung bin ich deshalb einverstanden. Ich danke dem Gemeinderat für die umfassende Beantwortung.

Moeschler Marie, au nom du Groupe PSR: Il ne faut pas confondre les procédures judiciaires et administratives avec les procédures politiques. Ne confondons pas, non plus, les compétences communales de celles du droit supérieur. Les droits démocratiques dont parle Madame Schneider sont le droit d'être entendu et la transparence. Ces principes sont déjà garantis par le droit procédural et les professionnels du droit dans chaque cas d'espèce. C'est pour cela que le Groupe PSR ne voit pas l'utilité de cette motion qui ne viserait qu'à ralentir davantage le travail du Conseil de ville, notamment en matière d'aménagement du territoire, sans pour autant garantir une meilleure sécurité des droits. Notre groupe propose donc de suivre la proposition du Conseil municipal.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

35. Motion 20200254, Frank Lena, Grüne, «Nachhaltige Submission»

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 11)

Der Gemeinderat beantragt, die Motion erheblich zu erklären.

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Die von Lena Frank eingereichte Motion 20200254 wird von Stefan Rüber vertreten.

Rüber Stefan, Grüne: Die öffentliche Hand bezieht viele Leistungen aus der Privatwirtschaft. Die Aufträge für diese Leistungen darf sie nicht einfach frei vergeben, sondern sie muss sich an Regeln und Vorgaben halten. Die Vorgaben ergeben sich aus internationalen Vereinbarungen und werden national geregelt. Zudem gibt es ein kantonales Gesetz (Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen; BSG 731.2) und ein Reglement auf Gemeindeebene (Submissionsreglement SGR 7.3-5). Die vorliegende Motion verlangt die Anpassung des Submissionsreglements. Verlangt werden die Einhaltung von Nachhaltigkeitskriterien zur Erreichung der Ziele des Klimaschutzreglements (SGR 8.2-5). Die Klimaziele zu erreichen und wenn möglich zu übertreffen, ist unumgänglich. Dafür muss überall, auch beim Beschaffungswesen, der Hebel angesetzt werden. Der Staat übt über die öffentlichen Beschaffungen eine gewisse «Nachfrage-Macht» aus. Diese gilt es sinnvoll einzusetzen. Die Regeln müssen jedoch so ausgestaltet sein, dass lokale Anbietende möglichst schnell und transparent über die Erfüllungskriterien Bescheid wissen. In einem ersten Schritt kann Ökologie als Zuschlagskriterium stärker gewichtet werden. Das städtische Submissionsreglement muss sowieso angepasst werden; der Zeitpunkt zur Aufnahme ökologischer Kriterien ist deshalb günstig. Ich bitte den Stadtrat, die Motion erheblich zu erklären und den Gemeinderat bei seiner Arbeit zu unterstützen.

Cuixeres Manon, au nom du Groupe SP/JUSO: Le Groupe SP/JUSO est d'accord d'adopter cette motion qui, si elle n'est pas révolutionnaire, a le mérite d'être claire, concise et concrète. Nous tenons à souligner que les mesures proposées sont le minimum nécessaire dans un contexte mondial d'urgence climatique et espérons qu'à l'avenir, des mesures allant dans la même direction seront également soutenues et renforcées.

Briechle Dennis, Fraktion GLP+: Auch die Fraktion GLP+ begrüsst das Anliegen der Motion. Genauso wie das Konsumverhalten von uns allen beeinflusst wird, muss auch das Konsumverhalten der öffentlichen Hand geregelt werden. Welche Produktionsbedingungen werden unterstützt? Auch wenn der Spielraum der Stadtverwaltung eingeschränkt ist, bleibt das Ziel «nachhaltige Beschaffung» erstrebenswert. Der Stadtrat beschäftigt sich nicht zum ersten Mal mit dem Beschaffungswesen. Das von mir eingereichte Postulat 20190127 «Überprüfung und Reform des Beschaffungswesens» wurde im Januar 2020 erheblich erklärt. Es beauftragt den Gemeinderat, einen umfassenden Bericht vorzulegen. Das Postulat sieht unter anderem vor, dass sich der Gemeinderat mit den Kriterien der Nachhaltigkeit auseinandersetzt. Der Beantwortung des Gemeinderats zur vorliegenden Motion entnehme ich, dass er eine entsprechende Vorlage ausarbeiten möchte. Ich rege an, beide Anliegen als Gesamtpaket zu behandeln und dem Stadtrat vorzulegen. Die Fraktion GLP+ wird den Antrag des Gemeinderats unterstützen.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Der Gemeinderat hat vor, beide Anliegen als Gesamtpaket vorzulegen. Der entscheidende Punkt ist das Festlegen der

entsprechenden Kriterien im Submissionsreglement. Selbstverständlich muss dies innerhalb der übergeordneten Gesetzgebung erfolgen. Die Berichterstattung ist hierbei das zusätzliche ergänzende Element.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

36. Überparteiliche Motion 20200187, Koller Levin, JUSO, Tanner Anna, SP, Meyer Miro, JUSO, Roth Myriam, Grüne, «Ein ökofeministisches Investitionsprogramm als Reaktion auf die Coronakrise»

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 12)

Der Gemeinderat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären.

Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO: Der vorliegende Vorstoss wurde von der JUSO eingereicht, ich übergebe das Wort deshalb an Gianna Strobel als deren Vertreterin.

Strobel Gianna, JUSO: Vor der Krise scheint während oder nach der Krise zu sein... Beim Coronavirus war es möglich, innerhalb von Wochen die Regeln der Wirtschaft auf den Kopf zu stellen. Bei Frauen- oder Umweltanliegen scheint dies nicht so einfach zu sein. Schliesslich sind ja auch nicht die Vermögenden betroffen. Zu fordern, dass die Stadt Biel im zweistelligen Millionenbereich in Anliegen der Frauen und der Umwelt investiert, wäre bereits in Vor-Corona-Zeiten notwendig und gerecht gewesen. Nun muss angesichts der Krisensituation sowieso mehr investiert werden. Investieren wir also in den ökofeministischen Umbau. Ob im Job, in der Familie oder in der Freizeit, Frauen werden benachteiligt. Da reicht es bei weitem nicht aus, dafür zu sorgen, dass Frauen gleich viel verdienen oder Kaderstellen von gleich viel Frauen wie Männern besetzt werden. Es braucht tiefgreifende strukturelle Veränderungen. Die Stadt Biel kann hier mehr tun. Sei es Genderbudgeting, Investitionen in die Sicherheit für Frauen im öffentlichen Raum, Investitionen in Kitas sowie städtische Bodenkäufe. Heute besitzen Männer den grössten Teil des Bodens in der Stadt Biel. Es geht nicht wie in der Beantwortung des Gemeinderats erwähnt darum, dass mehr Frauen Boden kaufen sollten. Boden im Besitz der Stadt Biel liegt im Interesse der Bevölkerung und ermöglicht dadurch auch die Mitbestimmung der Frauen. Durch städtisches Grundeigentum werden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Frauen können mitbestimmen und eine ökologische Nutzung des Bodens wird bevorteilt. Die Stadt Biel kann viel mehr tun als nur gleiche Löhne für Mann und Frau zu bezahlen! Ähnliches gilt im Umweltschutz. Obwohl sich die Stadtverwaltung rühmt, diverse Awards gewonnen zu haben und eine Energiestadt zu sein, bleibt noch sehr viel zu tun. Der Klimanotstand muss ernst genommen werden. Damit die Stadt wirklich umweltfreundlich wird, bedarf es verschiedener Investitionen. Die Erreichung des «European Energy Award Gold» ist vor allem auf das Klimaschutzreglement zurückzuführen. Es braucht jedoch konkrete Änderungen. Der Klimawandel wird durch die Einführung eines Klimaschutzreglements nicht aufgehalten. Die Stadt Biel muss mehr in den öffentlichen und den Veloverkehr investieren. Ebenfalls muss in öffentliche Infrastrukturen investiert werden, Energie- und Wärmewende sind voranzutreiben. Die Investition in öffentliche Parks und Grünanlagen darf nicht vergessen werden: die Coronakrise hat aufgezeigt, wie wichtig öffentlich zugängliche grüne

Naherholungszonen sind. Der Gemeinderat geht auf viele Forderungen der Motion gar nicht ein. Er führt in seiner Beantwortung bloss aus, was bisher getan wurde um die Krisen zu bekämpfen. Das ist schön, reicht aber bei weitem nicht. Tausende Bewohnerinnen der Stadt Biel haben sowohl beim Klimastreik wie auch beim Frauenstreik ihre Anliegen vorgebracht. Biel hat die Chance, die Krise ernst zu nehmen. Durch Investitionen in Umwelt- und Frauenanliegen kann die Stadt Biel nicht nur auf dem Papier zu einer ökologischeren und feministischeren Stadt werden, sondern auch ganz konkret. Die Schäden durch Corona dürften enorm sein. Es ist nicht die Frage, ob in den Service public investiert werden muss, sondern wie! Setzen wir im Stadtrat ein klares Zeichen und investieren in eine feministische und ökologische Zukunft, welche mehr bringt als Awards. **Ich stelle hiermit den Antrag, dem Anliegen der Fraktion SP/JUSO Folge zu leisten und den Vorstoss als Motion erheblich zu erklären.**

Cuixeres Manon, au nom du Groupe SP/JUSO: Selon de nombreuses études, l'actuelle crise du coronavirus que nous traversons a pour effet de renforcer les inégalités. Si le virus ne fait pas de discrimination, les conséquences des mesures économiques sur les gens ne sont pas égales, selon que l'on soit une personne blanche ou racisée ou selon la classe économique à laquelle on appartient. Il convient donc de réfléchir aux mesures permettant d'endiguer ces inégalités, tout en y incorporant des manières de lutter contre une autre crise liée à l'actuelle crise sanitaire, à savoir la crise climatique. La motion proposée par nos collègues offre des pistes de soutien concrètes pour une gestion de crise écologiste et féministe. Étant donné que les mesures actuelles ne sont pas suffisantes, le Groupe SP/JUSO soutient la proposition d'adopter la motion.

Wächter Olivier, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Avec cette motion, on se retrouve à nouveau face à une revendication de fondamentalistes, fort heureusement minoritaires dans ce pays. En lisant le texte de l'intervention, je ne peux pas m'empêcher, comme l'a déjà fait Monsieur Suter au sujet d'une autre intervention, de faire le lien avec le programme du groupement extrémiste «Grève du climat» ou «Klimastreik» qui, je vous le rappelle, prône des projets farfelus et irréalistes, voire dangereux pour l'économie locale. De plus, il soutient la désobéissance civile et donc la désobéissance aux lois de ce pays. J'ai « surfé » sur internet, et il semblerait que certaines personnes présentes ici même soient très proches et actives dans ce mouvement. C'est désolant! On parle d'éco-féminisme ou de comment remplacer une inégalité par une autre. Personnellement, je préfère l'égalité hommes-femmes et une écologie réfléchie et mesurée, ce qui ne semble visiblement pas être le cas des apôtres de la «Sainte Greta». Les thèmes évoqués sont classiques:

- Gestion du trafic des vélos: comprenant la suppression du trafic motorisé individuel.
- Postes à temps partiel pour les hommes: c'est déjà possible actuellement.
- Favoriser l'acquisition de terrains par des femmes: je dois avouer que je ne comprends pas très bien le sens de cette demande. Je suis peut-être stupide, mais à ma connaissance, il n'y a pas de distinction aucune et c'est la meilleure offre qui l'emporte...
- Investissements orientés vers les femmes et la protection de l'environnement: c'est déjà le cas à Bienne, je vous le rappelle, avec les règlements en vigueur. Je n'ai, pour ma part, pas entendu de retour de la population féminine se sentant lésée à ce sujet. Je précise que je ne connais pas que des gens de droite ou de l'UDC ou des grands méchants...

- Promotion dans les écoles des thèmes liés au féminisme et à l'écologie: très intéressant, mais je me dois de vous rappeler que l'on n'est pas en Chine ou en Corée du Nord. Dans nos écoles, on a le principe clair de suivre un programme scolaire, défini au niveau cantonal, qui aborde une grande partie des sujets. Le problème de cette demande est de faire du prosélytisme dans les écoles et ce n'est pas bon! Il ne faut pas instrumentaliser l'école, mais parler de manière neutre de tous les sujets. C'est le principe de base de l'école.
- Budget: il est surprenant. Je suis assez déçu que vous n'ayez pas pensé à prendre en compte la taille des pieds ou la longueur du nez...

La crise touche la Ville de Bienne d'un point de vue économique et sociétal. Je rappelle que ces deux thèmes sont indissociables. Je ne veux pas d'une société éco-féministe, mais une société libre et respectueuse avec des égalités hommes-femmes où la qualité de la personne est mise en avant, mais pas son apparence ou son sexe. J'aime aussi la verdure et la nature. D'ailleurs, je suis favorable au projet AGGLOlac qui est très vert. J'estime la réponse du Conseil municipal tout à fait logique et le Groupe UDC/Les Confédérés demande de rejeter cette motion, mais aussi de rejeter le postulat si la motion était transformée en postulat.

Pittet Natasha, au nom du Groupe PRR: Le Groupe PRR comprend certaines demandes de la motion, mais la forme n'est pas la bonne. Nous comprenons et partageons la proposition du Conseil municipal qui demande la transformation en postulat. En effet, une partie des demandes des motionnaires est déjà prise en compte dans le plan des investissements et l'autre partie doit y être examinée ; cela me semble logique et correspondre à la manière de travailler de notre ville. Je ne suivrai pas mon préopinant qui a pris le ton de la moquerie. Il y a des choses qui me semblent étranges, même en tant que femme. Rien ne m'empêche d'acheter un terrain si je souhaite le faire. La Ville ne va pas me l'interdire, et si un privé refuserait de vendre un terrain à une femme, cela serait illégal en Suisse déjà au niveau de la Constitution. Je pense que la motion n'est pas nécessaire. Le Groupe PRR soutiendrait cette demande sous forme de postulat, mais la refusera sous forme de motion.

Cadetg Leonhard, Fraktion FDP: Wichtig ist die strategische Sicht auf die Aufgaben der Gesellschaft und der Stadt. Aus ökologischer Sicht gibt es viel zu tun. Die Partizipation der Frauen soll erhöht werden. Der Wandel der Gesellschaft hin zu mehr Freiheit für Frauen aber auch für Männer ist zu unterstützen. Ich habe seinerzeit gerne meine Tochter betreut und freue mich sehr darauf, dies bei meinem Enkelkind auch zu tun. Die Ziele Gleichberechtigung und Chancengleichheit sind aber noch lange nicht erreicht. Der Gemeinderat behält auch diese Ziele im Auge und verfolgt sie kreativ. Es bleiben aber Sorgen. Das Geld muss vorhanden sein. Die Ressourcen sind begrenzt. Eine andere Sichtweise als diejenige der MotionärInnen ist angebracht. Ein funktionierendes Gemeinwesen braucht seine Freiheiten, um sich wirtschaftlich entwickeln zu können. Gerade auch Frauen müssen sich wirtschaftlich entwickeln, um ihr Leben selbständig gestalten zu können. Hier gehen die Meinungen auseinander. Die Fraktion FDP hätte ein Postulat unterstützt, die Motion jedoch werden wir ablehnen.

Briechle Dennis, Fraktion GLP+: Die vorliegende Motion enthält viele Punkte, welchen die Fraktion GLP+ durchaus Sympathie entgegenbringt. Einige könnten wir auch vorbehaltlos unterstützen. Die Forderungen sind aber so zahlreich, dass gemeint werden könnte, es handle sich um ein halbes Parteiprogramm. Je mehr Forderungen in einen Vorstoss gepackt werden, umso weniger Unterstützung findet er im Rat. Die

Fraktion GLP+ unterstützt den Vorstoss als Motion nicht. Der Erheblicherklärung als Postulat würden wir jedoch zustimmen.

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Die Fraktion Einfach libres! konnte sich nach längerer Diskussion nicht einigen. Ich spreche deshalb als Einzelsprecherin. Ich unterstütze viele der Anliegen. Ich denke jedoch, dass die Erheblicherklärung als Postulat nachhaltiger wäre. Vielleicht würde etwas Pragmatismus hier weiterführen. Mit der Umwandlung des Vorstosses in ein Postulat könnte vielleicht eine Mehrheit gewonnen werden...

Roth Myriam, au nom du Groupe Les Verts: La levée des mouvements sociaux, ces dernières années, a démontré que la lutte contre le réchauffement climatique et celle pour l'égalité s'imbriquent. En effet, le courant éco-féministe observe l'existence de similitudes et de fondements communs entre les systèmes de domination et d'oppression des femmes et les systèmes de surexploitation de la nature par les êtres humains. Par conséquent, l'écologie nécessite de repenser les liens entre les gens, de même qu'entre l'être humain et son environnement. Dans sa réponse, le Conseil municipal attire notre attention sur tout ce qu'il fait déjà dans les deux domaines. C'est un bon point, mais il ne semble pas faire les liens nécessaires entre eux. La crise du coronavirus a mis les deux luttes mentionnées au second plan. Cependant, elles perdurent et ne diminuent pas en intensité. Une ville progressiste et tournée vers l'avenir se doit de repenser les investissements de manière globale, en prenant en compte des aspects qui n'ont pas été réfléchis jusqu'à présent. La présente motion est soutenue par tout un groupe de collectifs biennois, c'est-à-dire des personnes engagées. Ces personnes se mobilisent pour nous rendre, nous les politiques, attentifs et réactifs. Merci de soutenir la motion.

Hamdaoui Mohamed, Le Centre: Je ne vais pas m'exprimer sur le fonds. Je soutiens ce projet mais de préférence sous forme de postulat. J'ai un côté taquin et j'ai tiqué sur une expression d'une de nos collègues qui parlait d'une société dans laquelle vivrait des blancs et des racisés. Est-ce que j'ai une gueule de racisé? Je n'ai pas envie que l'on commence, dans cet hémicycle, à mettre les gens dans des cases totalement absurdes, avec des éléments de langage qui n'ont rien à voir et qui ne nous permettent pas d'aborder les vrais problèmes. Je suis désolé de le dire de manière un peu brutale, mais cela m'énerve un peu que l'on vienne dans la chambre du Peuple parler des blancs et des racisés. Cela me sidère complètement. Je ne souhaite pas lancer un débat, mais je n'ai pas pu m'empêcher d'intervenir.

Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO: Ich gehe auf einige Punkte meiner VorrednerInnen ein: Verschiedentlich wurde geäußert, dass der Vorstoss als Postulat unterstützt würde, nicht aber als Motion. Der Gemeinderat zählt in seiner Beantwortung auf, was er bereits unternommen hat, geht aber nicht weiter auf die Anliegen ein. Die Gefahr besteht, dass mit einer Erheblicherklärung als Postulat viele Forderungen «vergessen» werden. Herr Wächter, Sie haben gesagt, dass Sie keine ökofeministische, sondern eine offene, freie Gesellschaft wollen, in der es allen gut geht. Genau das ist jedoch der Inbegriff einer ökofeministischen Gesellschaft! Im Moment besteht ein Defizit. Die Geschlechter werden ungleich behandelt und wir erleben eine Klimakrise. Ihre skizzierte Idealvorstellung entspricht den Forderungen der vorliegenden Motion. Der Gemeinderat erwähnt in seiner Antwort, dass er bereits sehr viel zum Thema Nachhaltigkeit unternommen hat. Erfreulicherweise hat die Stadt Biel hier vorwärts gemacht. Zum Thema Gleichstellung antwortet der Gemeinderat, dass in der

Stadtverwaltung auf eine ausgeglichene der Geschlechterverteilung geachtet wird. Die Forderungen der Motion sind strategisch und nicht als konkrete Vorgaben zu Ausgaben oder Inhalten des Schulunterrichts gedacht!

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Ich erstelle nun eine Rednerliste, wer noch das Wort ergreifen will, kann sich jetzt melden, danach wird die Diskussion beendet.

Augsburger-Brom Dana, Passerelle: Von rechter Seite wurde gesagt, dass die zahlreichen Forderungen der vorliegenden Motion den Rahmen sprengen würden. Die Forderungen der JUSO sind deshalb so zahlreich, weil in ihren Augen noch nicht viel erreicht wurde. Die neue Generation hat das Recht, den Rahmen auszuweiten. Noch vor drei Jahren wurde mir am Telefon von der Stadtverwaltung beschieden, dass mein Ehemann das Familienoberhaupt und ich der Haushaltvorstand sei. Seither hat sich etwas verändert. Die neue Generation hat jedoch andere Vorstellungen und soll ihren Rahmen selber festlegen können. Ich persönlich werde den Vorstoss unterstützen, als Motion oder Postulat.

Ordnungsantrag

Zumstein Joël, SVP: Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit und des Inhalts der vorgetragenen Wortmeldungen habe ich den Eindruck, dass die Meinungen gemacht sind. Ich denke, der Stadtrat kann darüber abstimmen. **Ich beantrage deshalb die sofortige Abstimmung.**

Der Ordnungsantrag wird gutgeheissen.

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Die Personen auf meiner Rednerliste und der Gemeinderat haben nach wie vor das Recht zu sprechen, anschliessend schreiten wir aber ohne weitere Diskussion zur Abstimmung.

Koller Levin, SP: Wir befinden uns wahrscheinlich in der grössten Wirtschaftskrise seit 1929. Was in einer solchen Situation zu tun ist, sollte eigentlich klar sein: Geld ausgeben! Die öffentliche Hand muss viel Geld ausgeben. Es könnte für irgendetwas Dummes wie beispielsweise den Bau einer zweiten Tissot-Arena ausgegeben werden, das Geld kann aber auch zur Vermeidung künftiger Krisen investiert werden. Investitionen in öffentliche Infrastrukturen bewirken nicht nur Beschäftigung, sondern bekämpfen auch die Diskriminierung von Frauen und die Klimakrise. Mit derartigen Investitionen werden zwei und sogar drei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Der vorliegende Vorstoss schlägt konkrete Investitionsprojekte vor. Ich führe vier davon näher aus.

1. Investitionen in Velobahnen: Wieso wurden die vom Stadtrat beschlossenen Velobahnen noch nicht umgesetzt? Am Geld kann es nicht fehlen, denn jetzt in der Krise muss Geld ausgegeben werden. Was wäre, wenn die Velobahnen unverzüglich umgesetzt würden? Das Ergebnis wäre eine rasche Reduktion der CO₂-Emissionen, eine Stabilisierung der Beschäftigung, weniger Verkehrsunfälle und mehr Lebensqualität. Das klingt doch gut!
2. Investitionen in städtische Kitas: Wieso investiert die Stadt nicht in den Ausbau ihrer Kitaplätze? Das Ergebnis wäre die Entlastung der Eltern, insbesondere der Frauen, eine Stabilisierung der Beschäftigung und gute Arbeitsbedingungen für die zumeist weiblichen Kitaangestellten sowie langfristige Einnahmen für die Stadt. Das klingt doch gut!

3. Investitionen in öffentliche Wärmeverbünde: Wieso wird jetzt nicht massiv in ein flächendeckendes Fernwärmenetz investiert? Das Ergebnis wäre eine rasche Reduktion der CO₂-Emissionen, eine Stabilisierung der Beschäftigung und langfristige Einnahmen für die Stadt. Das klingt doch gut!
4. Investitionen in eine Teilzeitstellenstrategie für Männer: Wieso wird nicht in die Entwicklung von Strategien für eine tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter investiert? Wie wären Investitionen in ein Konzept, welches für mehr Teilzeitstellen für Männer sorgt? Das Ergebnis wäre eine gerechtere Aufteilung der Kinderbetreuung und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das klingt doch gut!

Was meint nun der Gemeinderat dazu? Seine Antwort ist ungenügend. Er geht weder auf die Anliegen ein, mehr Geld auszugeben, noch auf die konkreten Vorschläge. Damit verpasst er es, den Ball aufzunehmen und mit emanzipatorischen und progressiven Vorgaben schrittweise aus der Krise zu kommen. Schade, denn ich bin überzeugt, dass der linke Gemeinderat das besser kann. Geben wir ihm eine Chance und erklären die Motion erheblich.

Schlup Nina, JUSO: Ich verstehe, wenn einige Stadtratsmitglieder nach Hause gehen möchten. Ich möchte das aber mit einem guten Gewissen tun und dem Gefühl, etwas erreicht zu haben. In der vorliegenden Motion geht es nicht darum, dass Frauen selber Boden kaufen. Es geht darum, dass der Boden im Besitz und damit in der demokratischen Verwaltung der Stadt ist. Dadurch bestimmen Frauen und Männer automatisch gleichberechtigt darüber. Es geht auch nicht darum, dass Frauen mehr zu sagen haben als Männer, sondern darum, ein Defizit aufzuholen. Frauen sind an der Gesellschaft immer noch nicht ausreichend beteiligt. Sie haben immer noch nicht genügend Entscheidungskraft und sind nicht angemessen in Führungspositionen vertreten. Von den Vorrednern wurde angesprochen, dass die Urhebenden wie Kinder nicht vorhandene Ressourcen ausgeben wollen, ohne an Morgen zu denken. Das vorgeschlagene Investitionsprogramm wollen wir, gerade weil wir an Morgen denken. Wir wollen eine Zukunft, in der alle Menschen gleichberechtigt sind und in einer lebenswerten Umwelt leben. Wir wollen eine Umwelt, in der wir uns darauf verlassen können, dass nachhaltige Ressourcen immer noch vorhanden sind und unser Klimasystem noch funktioniert. In einer Welt mit funktionierender Wirtschaft gemäss welchem System auch immer. Es wurde angemerkt, dass Frauen wirtschaftliche Entwicklung brauchen. Genau deswegen möchten wir investieren. Ich schliesse mich der Äusserung von Frau Augsburg-Brom an. Es geht nicht darum, was bereits erreicht wurde, sondern darum, wie weit entfernt wir immer noch vom Ziel sind. Der Vorstoss für ein Werbeverbot wurde abgelehnt (Motion 20200024 «Keine Werbung im öffentlichen Raum»). Jetzt liegt eine weitere Idee für eine nachhaltigere, ökologischere Stadt vor. Ich hoffe, Sie werden nicht ewig warten um etwas zu unternehmen.

Steidle Silvia, directrice des finances: 47 mio. fr. ont été concédés et planifiés par le Conseil municipal pour 2021. Ce montant a été investi dans le patrimoine administratif. À cela s'ajoute plusieurs millions de francs investis par le biais de financements spéciaux: protection du climat, infrastructures publiques, pour une mobilité douce, pour le développement urbain, pour la construction et l'entretien de bâtiments scolaires, projets sociaux, etc. En tout, et malgré la crise du COVID, le Conseil municipal a décidé, l'année passée, d'augmenter les investissements qui se montent actuellement à 67 mio. fr. pour 2021, s'ils sont réalisés à 70%, et à plus de 100 mio. fr., s'ils sont réalisés à 100%, ce qui n'est jamais le cas. Pour savoir pourquoi certains projets ne sont pas

réalisés, il faut voir le projet lui-même, parfois confronté à des oppositions. La Directrice des travaux publics vous en parlera bien mieux que moi.

Madame Strobel, dans votre déclaration un peu alarmiste, vous disiez que cette motion permet de rendre le Conseil municipal, respectivement le Parlement, attentif à cette situation difficile. Cette motion donne une image totalement biaisée du travail de l'ancien et du nouveau Conseil municipal qui a concédé à beaucoup d'efforts pour les objectifs éco-féministes que vous demandez. Les moyens sont planifiés, mais il incombe au projet d'être développé et ensuite aux organes compétents d'en décider.

Madame Tanner, je ne comprends pas lorsque vous dites que le maintien de la motion permettrait d'assurer ces réalisations. Quelle confiance faites-vous au Conseil municipal? Comment pouvez-vous penser une seconde que ces demandes seront oubliées par le Conseil municipal tel qu'il est constitué aujourd'hui?

Monsieur Koller, vous parlez de donner une chance à un Conseil municipal de gauche. À ma connaissance, les majorités n'ont pas changé avec la nouvelle législature! Les différents projets sont en cours et aboutiront. La difficulté de cette motion réside dans le fait qu'il n'est pas possible de régler chaque thème cité. Il incombe à chaque projet de développer les différents thèmes de cette motion. Je suis persuadée que mes collègues et moi-même saurons vous présenter des projets qui correspondent aux besoins et souhaits développés dans la motion. C'est pour ces raisons que le Conseil municipal vous recommande de transformer la motion en postulat.

Abstimmung

- über den Antrag der MotionärInnen, den Vorstoss als Motion erheblich zu erklären

Der Antrag wird mit Stichentscheid der Stadtratspräsidentin angenommen. Der Vorstoss wird somit als Motion erheblich erklärt.

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Ich schliesse damit die Sitzung und wünsche Ihnen eine gute Heimreise. Bleiben Sie gesund!

37. Neueingänge

20210020	Dringliches Postulat, Rüber Stefan, Fraktion Grüne	PRA
	Folgen der Covid-19-Pandemie für den Arbeitsmarkt abfedern	
	Postulat urgent, Rüber Stefan, Groupe Les Verts	MAI
	Atténuer les répercussions de la pandémie de COVID-19 pour le marché du travail	
20210021	Dringliche Interpellation, Rüber Stefan, Fraktion Grüne	FID
	Anpassungen des Budgets 2021: Wie reagiert der Gemeinderat?	
	Interpellation urgente, Rüber Stefan, Groupe Les Verts	DFI
	Modifications du budget 2021: comment le Conseil municipal réagit-il?	
20210022	Dringliche überparteiliche Interpellation, Roth Myriam, Fraktion Grüne, Koller Levin, Fraktion SP/JUSO, Briechle Dennis, Fraktion GLP+, Stolz Joseline, Fraktion PSR, Sprenger Titus, Fraktion Einfach libres!	BEU
	Aufstockung Dienststelle Umweltschutz	
	Interpellation interpartis urgente, Roth Myriam, Groupe Les Verts, Koller Levin, Groupe SP/JS, Briechle Dennis, Groupe PVL+, Stolz Joseline, Groupe PSR, Sprenger Titus, Groupe Einfach libres!	TEE
	Renforcement du Service de l'environnement	
20210023	Postulat, De Maddalena Daniela, Grüne	BEU
	Verkehrsberuhigungsmassnahmen für die Zufahrtsstrassen zum Spitalzentrum	
	Postulat , De Maddalena Daniela, Les Verts	TEE
	Mesures pour modérer le trafic sur les routes menant au Centre hospitalier	
20210024	Postulat, Hamdaoui Mohamed, Die Mitte	BEU
	Mehr öffentliche Sitzbänke für die Benutzerinnen und Benutzer des öffentlichen Verkehrs!	
	Postulat , Hamdaoui Mohamed, Le Centre	TEE
	Davantage de bancs publics pour les usagers des transports publics!	

Schluss der Sitzung / Fin de la séance: 23:31 Uhr / heures

Die Stadtratspräsidentin / La présidente du Conseil de ville:

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin

Die Ratssekretärin / La secrétaire parlementaire:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

Protokoll:

Flückiger Rita

Scheurer Nathalie

Procès-verbal:

Kirchhof Claire-Lise

Pinto Bernardino Floriane